

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühren. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. November 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Veranlassungs-, Vergütungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 131.

## Streifzüge.

VII.

Der Kampf um den Buchdruckpreistarif, wie es im Jargon der den gewerblichen Unfrieden predigenden Blätter unserer Filialexpedition der großmächtigen Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände heißt, hat seit der letzten Behandlung im „Korr.“ nicht oder kaum merklich nachgelassen. Es wird noch herüber- und hinübergeschossen, wenn auch nicht so häufig mehr in Broschürenform, sondern zumeist durch polemische Artikel. Unter diesem permanenten Geschützfeuer nun vollzieht sich in dem Riesendorf an der Pleiße gemächlich die Revision des Druckpreisetarifs. Wir wollen damit sagen, in einem den obwaltenden Schwierigkeiten entsprechenden langsamen Tempo. Daß die bekannte Leipziger Gemütslichkeit den Verhandlungen ihren Stempel ausdrücken könnte, ist kaum anzunehmen. In derartiger ernster Beratungen am grünen Tische zittert eher zu viel denn zu wenig Erregung von dem hinein, was draußen die Gemüter bewegt und die Geister auseinanderplagen läßt. Trotzdem dürfen sich die berufenen Personen bei solchen Gelegenheiten nicht von Stimmungen des Tags und oft recht undefinierbaren oder sehr fragwürdigen Parteilagen irritieren lassen, sondern haben auf Grund genügender Erfahrung und gründlicher Prüfung ihre Entscheidung so zu treffen, daß das Wohl des Ganzen gefördert wird. Sonderwünsche und eigenartige Bestrebungen haben unberücksichtigt zu bleiben. Alle zu befriedigen oder gar restlos zufriedenzustellen, ist hier wie auch sonst unmöglich. Wer da baut an der Strafen, muß die Leute reden lassen, heißt es in einem altdeutschen Sprichworte. So ist es im politisch-öffentlichen Leben, und bei Verfolg unserer Gewerbepolitik kann es auch nicht anders sein.

Im September ist die eingesezte Kommission mit dem Rechnungsamte zur Preistarifrevision zusammengetreten und hat unter Zugrundelegung des durch eine Umfrage bei den Mitgliedern der Prinzipalsorganisation im März d. J. gewonnenen Materials sich an das schwere Werk herangemacht. Es haben schon mehrere Sitzungen stattgefunden, die, wie aus der „Zeitschrift“ vom 8. November zu entnehmen ist, aber noch nicht zu einem abschließenden Ergebnisse geführt haben. Über die Verhandlungen selbst vermögen wir also schon aus diesem Grunde nichts zu berichten. Ob wir nach ihrer Beendigung Näheres mitteilen können, erscheint recht fraglich, denn die Tendenz im Prinzipalslager geht immer mehr dahin, den Schleier über alle bedeutsamen und schwierigen Fragen so wenig als nur möglich zu lüften. Es ist zuzugeben, daß das durch den Arbeitgeberverband nebst Bestimmungsanhang sich ausbreitende Piratenwesen zu dieser Vorsicht zwingt, woraus sich auch für den Verband die Konsequenzen klar ergeben. Schließlich aber nicht nur dieses einen Umstandes wegen.

Der „Korr.“ hat sich zu der Preistariffrage in den Nrn. 92, 97 und 99 d. J. in breiter Weise und wohl auch in loyalster Form geäußert. Daß bei dem Streit um den Druckpreisetarif die auf Ordnung und Hebung des Gewerbes bedachte Prinzipalität den Verband auf ihrer Seite findet, ist deutlich bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck ge-

kommen, wie ja auch früher schon von dem „Korr.“ der Notwendigkeit des Druckpreisetarifs das Wort geredet worden ist, weil der Stand des Gewerbes eben gebieterisch nach solchen zu seiner Gesundung führenden Schritten verlangt. Freilich haben wir auch darüber keinen Zweifel belassen, daß die organisierte Gehilfenschaft — der Gutenbergbund kommt, wie auf der Kölner Prinzipalstagung im vergangenen Jahr unzweideutig und als selbstverständlich ausgeführt wurde, bei allen auf Erhöhung des gewerblichen Standards gerichteten Bestrebungen absolut nicht in Frage — ihre Aktivität dabei von Voraussetzungen abhängig machen muß, die nicht mit einem bloßen Buchstabenrecht als erfüllt zu betrachten sind. Eine Liebe ist bekanntlich der andren wert.

Das Tarifamt läßt sich in seinem Geschäftsberichte (Nr. 127) auch über die Schleuderei im Buchdruckgewerbe aus, spricht von geradezu unverständlichen Unterbietungen, die immer noch und immer wieder vorkommen, und verweist auf einige Fälle, wohin der struppellose Wettbewerber und die sogenannte freie Konkurrenz für die betreffenden, nicht etwa kleinen Firmen geführt haben. Daß auch diese Vorkommnisse, über deren sonstige Entstehungssachen die Späßen von den Dächern längst ein deutlich Vieklein pfliffen, für die des letzten Restes von Bestand und Anstand baren Monitore des Arbeitgeberverbandes gut genug waren, von einem „neuen Fiasko des Systems Bügenstein“ zu sprechen, d. h. die Tarifpolitik dafür verantwortlich zu machen, zeigt, mit welchen himmelstinkenden Mitteln der Kampf gegen geordnete Zustände im Gewerbe von dieser Seite geführt wird. Zur Abwechslung war es diesmal das offizielle Scharfmacherorgan, das einem solchen Erguß eine Freistatt gewährte. Bezeichnend für den geistigen Horizont des Verfassers ist das trotz dieses mit scharfmacherischem Jesuitismus herausgeklügelten Grundes gemachte Zugeständnis, daß in dem vom Schreiber gemeinten Falle die betreffende Firma „Aufträge zu einem Preis entgegennahm, zu denen keine Berliner Firma liefern konnte“. Trotzdem man also den Haken in ruinöser Schleuderei findet, wird frei und frech das „System Bügenstein“ auf die Anklagebank gesetzt und in allen Graden verurteilt.

Nicht ganz so plump, im Effekt aber auf dasselbe hinauskommand, gestaltete sich die Debatte über den Druckpreisetarif auf der Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes, worüber schon in Nr. 128 mancherlei, wenn auch nicht viel Bernünftiges mitgeteilt werden konnte. Die Behauptung, daß unter der Wirksamkeit dieses Tarifs die Preise nicht besser sondern im Gegenteil schlechter geworden wären, ist eine der starken Leistungen dieser Ultras. Wir konnten ja schon mehrfach berichten, daß im allgemeinen eine erzieherische Wirkung nicht ausgeblieben ist. Allerdings könnten die Erfolge bessere sein. Daß dem noch nicht so ist, daran tragen die Quertreibereien von Arbeitgeberverbandsseite in erster Linie die Schuld. Es ist einfach Baumfrevel, wenn auf der in Frage stehenden Tagung der Referent Kollegialität und Gewissenhaftigkeit als den geeigneten Weg zur Niederhaltung der Schmutzkonkurrenz bezeichnete. Mit einer platonischen Erklärung ist kein gewerblicher Moralkodex geschaffen, geschweige denn auf-

recht erhalten. Dem Deutschen ist an sich nicht wohl, wenn sein Lebenspfad nicht durch ein Paragraphenheer vorgezeichnet ist. Im wirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe kommt man auch nicht ohne diese Schutzgüsse aus. Und im Buchdruckgewerbe, das hat ja nun die Erfahrung gründlichst gelehrt, will die Eindämmung der Schleuderei nicht anders gelingen als durch ein gewerbliches Sittengesetz, wie es der Preistarif darstellt. Nach übereinstimmenden Wahrnehmungen sind die Herrschaften, die der Allverweltkonfusionsrat Dr. Kille auf den Plan gerufen hat, nun als Vertreter und Verteidiger von Kollegialität und Gewissenhaftigkeit am wenigsten qualifiziert. Für sie leidet der Druckpreisetarif an folgenden drei Grundfehlern: ad 1 an der Mitwirkung der Gehilfen, ad 2 an den besondern Verhältnissen im Buchdruckgewerbe und ad 3 an der Nichtberücksichtigung der Auftraggeber. Zum ersten Punkte wurde mit dem Einwand operiert, die Gehilfen wären nicht ohne weiteres, d. h. ohne Einsichtnahme der Bücher usw., in der Lage, „einen den Verhältnissen des Betriebes genau entsprechenden Preis herauszukalkulieren“. Das ist etwas Neues, und zwar insofern, weil danach von einem drucker-eiüblichen und nicht wie gebräuchlich von einem gewerbeüblichen Preise zu reden wäre. Die Freiheit in der Preisberechnung, die von den Arbeitgeberverbänden gefordert wird, ist also nichts anderes als die anarchistische Auslebungs- und Betätigungsmöglichkeit nach jeder Seite und in jeder Form. Der „grundsätzliche Unterschied“ in der Tendenz beider Prinzipalsvereinigungen kann schärfer gar nicht in die Erscheinung treten. Bei den alten Ladenhütern wegen der Mitwirkung der Gehilfen halten wir uns nicht auf. Sie sind überdies nicht Gemeingut des Arbeitgeberverbandes, sondern kommen auch bei den Verlegern und selbst bei einer Anzahl der Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins als wesentliche Gründe ihrer Gegnerschaft in Betracht und wurden von uns in den angezogenen „Nachlese“-artikeln bereits zur Genüge widerlegt. Die besonderen Verhältnisse in unserem Gewerbe, weswegen die Durchführung des Druckpreisetarifs vorgeblich scheitern muß, sollen in der Unterschiedlichkeit der Betriebsgrößen der Buchdruckereien liegen. Die ist nun allerdings zuzugeben. Dadurch ergibt und rechtfertigt sich aber doch keineswegs eine so verschiedenartige Preisberechnung, wie sie nach Ansicht des Referenten auf der arbeitgeberverbändlerischen Generalversammlung geradezu herausgefordert wird. Wie der Lohn tarif eine einheitliche Grundlage hat, so kann das sehr wohl auch beim Preistarif der Fall sein. Bemerkenswert ist, daß die Preisdiktatur des Kohlen- und des Kalisyndikats und in ähnlichen Produktionszweigen den Herren keine Beschwerden zu bereiten scheint. Wer sich jedoch mit diesen neuzeitlichen „Erzürungschaften“ der wirtschaftlichen Entwicklung abzufinden vermag, für den sollte der nicht im entferntesten damit zu vergleichende Druckpreisetarif eine wirtschaftliche Gefahr und ein Attentat auf die individuelle Freiheit sein? Einer solchen Logik stehen wir mit starrem Erstaunen gegenüber. Unter dem dritten Grundfehler des Preisetarifs rangiert auch das Moment: „Jede größere Firma oder jede Behörde kann sich mit Leichtigkeit ihre eigne Druckerei einrichten, wie dies bereits viel-

schon leider geschehen ist; sie kann bedeutend billiger arbeiten, und die wertvolle Kundschaft geht dem eigentlichen Buchdrucker verloren.“ Wir wollen auf diese Argumente näher eingehen, weil sie auch von anderer Seite erhoben werden. Es sind arge Ungerechtigkeiten, die da mit der Miene des besorgten Freundes des Gewerbes vorgetragen werden. Die bewußten eignen Druckereien sind nämlich schon errichtet worden, ehe an den vielgeschmähten Preisstarif zu denken war. Jedenfalls sind es ihrer seit seinem Bestehen nicht mehr geworden. Auch können sie nicht bedeutend billiger arbeiten, sondern ihr Betrieb gestaltet sich wesentlich teurer, und das aus dem einfachen Grunde, weil — nicht immer, aber in den meisten Fällen doch — diese Privatdruckereien eine sehr vielseitige Einrichtung erfordern, wenn sie den gestellten Anforderungen vollständig genügen sollen. Auch diese Art Druckereibetriebe müßte doch auf der Höhe der Zeit stehen. In der Praxis spielen sich die Dinge denn auch ganz anders ab als in den Köpfen verrannter Arbeitgeberverbände oder eigennütziger Verleger, die in dem Buchdrucker fast einen Erpresser erblicken, dem sie auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. Mit fast jeder nennenswerten Arbeit muß nämlich doch eine wirkliche Buchdruckerei aufgesucht werden, weil die Herstellung eines technischen Apparat erfordert würde, wie er nur bei Druckfirmen anzutreffen ist, die eine ständige Verwendung für so kostspielige und allen Bedürfnissen genügende Einrichtungen haben. Den Murrich vermag man man freilich selbst zu drucken. Diese und sonstige gewichtige Umstände haben im Gegensatz zu der Behauptung auf der Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes vielmehr verschiedentlich Privatdruckereien wieder von der Bildfläche verschwinden lassen, weil sie sich als alles andre, nur nicht als rentabel erwiesen. Und zwar sind zu dieser Erkenntnis sowohl Fabriketablissemments wie namentlich Verleger gekommen, die mit einem tadelhaften Griff in den Beutel diese schmerzliche Erfahrung bezahen mußten. Daß der Vorsitzende des Deutschen Verlegervereins, ein sehr aktiver Herr in der Bekämpfung des Preisstarifs, in seiner Eigenschaft als Besitzer einer größeren Druckerei in einem Berliner Vorort auf bestimmte Arbeiten seines Verlags verzichtet und sie an dazu besser eingerichtete Firmen in Auftrag gibt, weil die Herstellung ihm zu teuer kommen würde, ist doch ein sehr lehrreicher Vorgang, der alle Behauptungen des „dritten“ Herrn Vorsitzenden und der Diskussionsredner bei dem „gemüthlichen Doppelkopf“ der Zillefianer glatt zu Boden schlägt. Von einem wirklichen Verluste der „wertvollen Kundschaft“ für den Buchdrucker kann also nicht die Rede sein und erst recht nicht davon, daß auch bei genauester Einhaltung des Druckpreistarifs in einem halben Jahre so und soviel Firmen anderer Branchen zur Errichtung von Druckereinebenbetrieben übergehen würden. Damit wäre doch die unkluge und unnütze Bekämpfung des Druckpreistarifs am ekkantesten widerlegt, wenn trotz alledem die Hausdruckereien wie Pilze aus der Erde schießen würden. Wie von uns schon ausgeführt, hat die Frage der Druckereinebenbetriebe aber zwei Seiten, und die Rehrseite der Medaille ist fürwahr wenig verlockend. Es wurde noch ein für die Gehilfenschaft berechnetes Schreckgespenst in den greifsten Farben an die Wand gemalt. Wir sollten nur nicht glauben, daß sich etwa keine Arbeitskräfte finden würden für diese Privatdruckereien, die sich übrigens doch nicht der Tarifgemeinschaft unterstellen dürften. An den Maschinen z. B. könnte mit Leichtigkeit weißliches Personal beschäftigt werden. Hört, Michel, der Sturmwind pfeift! Das also ist des Büdels Kern, und daran erkennt man die gelehrten Herr'n: ungelernete Personal und Frauenarbeit. Beides natürlich in größter Willkür nach unten entloht und in puncto Arbeitszeit bis zur äußersten „Grenzzone“, die die Geseze nur zu lassen, ausgebeutet. Wir glauben gern, daß der Herren Arbeitgeberverbände — und Verleger? — Sinn danach steht. Aber die starken Männer müssen es schon gestatten, daß die Verhältnisse doch noch stärker sind als ihre starken Abkömmlinge. Das ungelernete männliche Personal müßte sach-

männlich angeleitet werden — welcher Berufs-gewisse mit noch einem Funken von kollegialer Würde wäre zu solch völlig tarifwidrigem Handeln fähig? Die dann vielleicht, aber nur bis zu einem gewissen Grade, noch mögliche Rekrutierung von „Buchdruckern“ aus dem gewerblichen Abscham, aus Erziehungsanstalten, Krüppelheimen, Arbeitshäusern, Gefängnis- und Zuchthausdruckereien — glauben damit die Antipreistarifler auf ihre Rechnung zu kommen? Die Frauennarbeit an den Druckmaschinen — ist sie, soweit sie über den Rahmen des Hilfspersonals hinausgehen sollte, bei der schweren körperlichen Tätigkeit, bei den heutigen Voraussetzungen an Maschinen-, Farben- und Papierkenntnis wie dem Raffinement der modernen Zuchtmethoden nicht von selbst ausgeschlossen? Spornen die hier und da mit dem „Fräulein Maschinenmeister“ und dem „Fräulein Obermeister“ gesammelten Erfahrungen etwa zur Nachahmung an? Die Verwendung von Mädchen und Frauen an den Sezmashinen, eine Lieblingsidee aller Tarifgegner und Tarifgemeinschaftsmußpreußen — sollte sie wirklich profitabel erscheinen, wo heutzutage schon die kompliziertesten Werke an die Sezmashine wandern (kalkulatorisch meistens ganz untaugliche Versuche) und dadurch selbst den tüchtigsten Maschinensehern mit umfassender beruflicher Vorbildung harte Müsse zu machen gegeben werden? Widerstrebt nicht auch Dr. Beyer in seiner Ioseben im „Korr.“ eingehend besprochenen, allenthalben ihrer großen Sachkenntnis wegen gerühmten Schrift über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Sezmashine solchen Experimenten, die sich zudem auch aus hygienischen Gründen verbieten? Und dann: Ist es denn wirklich wahr, daß die Privatdruckereien der Erfassung durch die Tarifgemeinschaft entzinnen? Müßte für diese Druckereinebenbetriebe nicht vielmehr der Beitritt vollzogen werden, sollte es nicht durch unbrauchbares Personal zum Zusammenbruche kommen? Man sieht, ein Wald von Fragezeichen erhebt sich gegen die voraussetzungslose Wissenschaft der von dem System in der Großindustrie besangenen und deren Methoden mechanisch übertragen wollenden Scharfmacher in der Buchdruckergemeinde. Wie sehr dem Anhang des ja nur die Geschäfte der tarif- und organisationsfeindlichen Großindustriellen bei den Buchdruckern besorgenden Herrn Reismann-Grone die so ganz anders gearteten Verhältnisse in den übrigen Industrien als Vorbild vorschweben, beweist der Umstand, wie man schließlich auf der Arbeitgeberverbandstagung mit dem Ei des Kolumbus glaubte fertig werden zu können. „Der Weg der Konvention mit einzelnen Abnehmerkreisen, und zwar der lokalen, höchstens provinzialen“, mit „Hinzuziehung von Vertrauensleuten“ und eventuell die „Garantieleistung durch Solawechsel“ sollen der Weisheit letzter Schluß sein! Dieser Weg führt unsres Erachtens aber nicht aus dem Holze, sondern nur noch tiefer hinein. Erstens müßte, wenn von einer Folgerichtigkeit bei unsren Scharfmachern überhaupt zu reden wäre, nach ihrem Standpunkte jede Preis-konvention im Buchdruckgewerbe ausgeschlossen sein. So klang es ja auch immer aus ihrer Presse. Zweitens, wenn man schon mit einzelnen Abnehmerkreisen sich darauf einlassen will, wo soll da Anfang und Ende sein, zumal eine provinzielle Regelung sogar zulässig sein soll? Über das verbrauchte Rezept der für solche Abmachungen bekanntlich rechtungsunkültiger Solawechsel wollen wir überhaupt kein Wort verlieren. Die Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes über den Druckpreistarif ergeben also zur Evidenz, daß man wohl alles in Grund und Boden kritisieren kann und das Bestehende niederzureißen ernstlich gewillt ist, daß die Fähigkeit, etwas andres an die Stelle des Vernichteten zu setzen, jedoch vollständig ermangelt. Obendrein, und das ist das Allerhöchste, wird aber selbst zugestanden, daß etwas doch geschehen muß zur Bekämpfung der Schleuderei und zu einer Gesundung der Preisverhältnisse. Dabei schmähen diese Leute andre als zinklerisch, rühmen sich ihres weiten Blicks und wähen ihre „Gewerbepolitik“ turnhoch über der vorherrschenden stehend! Sie aber sind im Grunde genommen unreaktionär.

Durch diese ausführliche Kommentierung der hinsichtlich des Druckpreistarifs gehaltenen Nachlese von der pompösen sechsten Hauptversammlung der Lilleschen Epigonen sind wir der undankbaren Beschäftigung enthoben, extra noch in den Fuß der Arbeitgeberverbandspresse hinauszusteigen, um zu sehen, was dort noch über den Preisstarif ausgekocht wurde. Es ist die gleiche Vitanei, dasselbe Bild destruktivster Tendenzen! Je mehr Bosheit bei dieser lobesamen Beschäftigung entfaltet wird, um so günstiger fallen die Zensuren von seiten der Verleger aus, deren Zielobjekt der Druckpreistarif auch in den letzten Wochen noch gewesen ist.

Wie werden diese Angriffe und Argumentationen im nächsten Artikel kennen lernen und erfahren, was der Deutsche Buchdruckerverein dazu zu sagen hatte. Die Bedeutsamkeit des Druckpreistarifs auch für die Gehilfenschaft erfordert unsererseits die aufmerksamste Verfolgung und Beachtung dieser Frage. Er „Korr.“ hat es darin wohl nicht fehlen lassen. Er wird auch ferner auf dem Damme sein, denn das letzte Wort zu diesem Kapitel dürfte trotz der bereits vorgeschrittenen Revision dieses Tarifs noch lange nicht gesprochen sein.

### Rückwärts, Don Rodrigo\*.

Unter dem Titel „Die volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung der Einführung der Sezmashine“ erschien vor einiger Zeit eine Broschüre, die vom Diplomingenieur Dr. Beyer verfaßt worden ist und in den Fachkreisen fast allgemein Anerkennung gefunden hat. Hat der Verfasser doch in seiner Schrift ein so reichhaltiges Material zusammengetragen und in objektiver, von keiner interessierten Seite beeinflußter Weise verarbeitet, wie nur wenige vor ihm, die sich auf ähnlichem Gebiete versuchten. Das eine einflußreiche Sparte im Buchdruckgewerbe mit den Ausführungen des Verfassers nicht zutreffen sein würde, war dem halbwegs Kundigen sofort klar. Bei dem Interesse, das der Verein deutscher Zeitungsverleger an der „Entwicklung“ der Sezmashinenfrage nimmt — in der bekanntesten Broschüre dieses Vereins kommt dies ja hinreichend zum Ausdruck —, stand wohl ohne Zweifel fest, daß ihm der Verfasser mit seiner Broschüre wider den Strich ging und die Kritik seines Wertes dementsprechend ausfallen würde. Klugerweise hat nun der Zeitungsverlegerverein diese Rezension der Broschüre nicht selbst ausgeführt, sondern hat diese „dankbare Aufgabe“ von Herrn Otto Schlotte, der im Nebenamt sachchriftsteller, im Hauptamt Angestellter einer Sezmashinenfabrik in Berlin ist, lösen lassen. Und man muß gestehen, die Ausführungen des Herrn Schlotte in Nr. 34 des „Zeitungsverlags“ könnten von der Schriftleitung des genannten Blattes nicht besser gemacht worden sein. Es würde zu weit führen, die ganzen Schlotte'schen Ausführungen unter die Lupe zu nehmen; es seien daher nur einige Stellen herausgegriffen.

Charakteristisch ist es, wie Herr Schlotte gleich zu Beginn den Verfasser abzutun sucht: „Man sieht wohl im allgemeinen mit Recht derartigen Publikationen von Laien über Spezialgebiete des Buchgewerbes skeptisch gegenüber, und namentlich über Sezmashinen wird heutzutage auch von Fachleuten mehr geschrieben als zu verantworten ist.“ Bei den letzteren Zeilen hat wohl Herr Schlotte an sich selber gedacht; denn es sind in der Hauptsache Leute, die über Sezmashinen schreiben, die ihre Kenntnis von einer Beschäftigung oder von Maschinen-schriften der Fabriken haben. Und zu diesen gehört auch Herr Schlotte. Denn wenn man Herrn Schlotte's Schriftsteller über Sezmashinen verfolgt, so findet man, daß diese wohl nach außen den Reiz des Neuen hat, im Grunde aber auf Patentschriften und Klammern basiert; von Praxis auf diesem Gebiet ist bei Herrn Schlotte keine Spur. Und wenn er das alles verantworten sollte, was er im „Buchgewerbe“, und zuletzt im „Zeitungsverlag“, schon über Sezmashinen geschrieben hat, du lieber Himmel! Ich möchte dem „Fachschriftsteller“ Schlotte doch den „Laien“ Dr. Beyer als Vorbild empfehlen und sich dessen Objektivität zum Muster dienen zu lassen, wenn er wieder einmal über Sezmashinen zu schreiben Lust verspüren sollte.

Der dritte Teil des Beyer'schen Wertes behandelt die sozialen Folgen der Einführung der Sezmashinen, und hat es dem Herrn Schlotte das besondere Hervorheben der Krankheiten der Maschinenseher seitens des Verfassers angetan. Er schreibt: „Der Verfasser malt zu pessimistisch. Es machte schon kürzlich einen sonderbaren Eindruck, als die Maschinenseher auf Grund einer Umfrage die Krankheiten veröffentlichten, an denen die Arbeiter dieser Sparte leiden. Die Liste dieser Krankheiten war so schrecklich, daß man sich wundern mußte, daß noch Maschinenseher existieren.“ Hier zeigt Herr Schlotte so recht, wohin die Fahrt gehen soll; hier zeigt er, wie hoch seine Fachkenntnis in Sezmashinensachen einzuschätzen ist, und deshalb verzichte ich, der ich die betreffende Statistik bearbeitet und veröffentlicht habe,

\* Diesen Artikel hatten wir zurückgelegt bis nach unrer in-zwischen erfolgter Besprechung des Dr. Beyer'schen Buchs. Er wird nunmehr mit bestem Verständnis von den Kollegen ge-lesen werden. Red.

## Gewerkschaftsrevue.

darauf, mich mit Herrn Schlotte darüber zu unterhalten. Wenn es aber in meiner Macht stünde, so würde ich Herrn Schlotte einmal nur ein halbes Jahr lang pro Tag acht Stunden im Zeitungsbetrieb an die Maschine spannen. Dann würde er sicher von der Einwirkung der Maschinentätigkeit auf den Seher eine andre Ansicht bekommen, als er sie jetzt von der hohen Warte seines Bureau'schemels in der Seymaschinenfabrik der Mittelwelt kundgibt.

Es ist bekannt, daß besonders die Zeitungsverleger bittere Klage darüber führen, daß es ihnen infolge der jetzigen Verhältnisse im Gewerbe nicht möglich ist, die Seymaschinen in der gewöhnlichen Weise vollkommen auszunutzen, und sie daher eine Änderung in den Vorschriften der Bedienung der Maschine fordern. Unter vollkommener Ausnutzung darf nun nicht etwa verstanden werden, die technische Verwendungsmöglichkeit der Maschine zu erhöhen, sondern nur daran ist, nach Ansicht der Zeitungsverleger, dieses Ziel erreichbar, wenn man die Buchdrucker bei der Bedienung der Seymaschinen ausschaltet. Die Ursache von der unvollkommenen Ausnutzungsmöglichkeit der Seymaschinen macht sich auch Herr Schlotte zu eigen und führt als Beweis einen besonders trassen Fall an: „Ich hörte noch kürzlich von dem Leiter eines der größten Seymaschinenbetriebe in Deutschland, daß eine wirkliche Ausnutzung der Leistungsfähigkeit trotz aller denkbaren vorteilhaften Einrichtungen bei ihm nicht möglich sei, sondern daß die Leistungen der Seher mit eiserner Konsequenz auf einem bestimmten, ziemlich niedrigen Niveau stehen blieben.“ Der Leiter der betreffenden Druckerei kann einem ob seiner Machtlosigkeit gegenüber diesen Maschinenführern leid tun, noch mehr aber die Leser des „Zeitungsverlagers“, die das Märchen glauben. Entweder handelt es sich hier um besondere Verhältnisse, die eine höhere Leistung nicht ermöglichen, oder um eine Druckerei, die in bezug auf Bezahlung, mit eiserner Konsequenz auf einem bestimmten, ziemlich niedrigen Niveau stehen“ bleibt.

Aber Herr Schlotte weiß schon Rat, diesem Mangel abzuhelfen. Wie ein roter Faden zieht sich durch seinen Artikel die bereits früher von ihm propagierte Heranziehung von weiblichen und ungerelerten männlichen Arbeitsträften an die Seymaschine. Bereits im vorigen Jahre machte Herr Schlotte im „Zentralblatt“ unter dem Titel „Wohin steuern wir?“ eine nette Reklame für einen Seymaschine, der an eine Vintotypie angeschlossen wird, und diese Vintotypie hat Herr Schlotte „mit Stundenleistungen von 16000 Buchstaben laufen sehen, aber die Grenzen lassen sich nach oben viel weiter strecken.“ Von diesem Wunderdinge hört man allerdings nichts mehr; es ist nur ein Glück, daß wenigstens Herr Schlotte es gesehen hat. Aber die Hauptsache war: „Die Arbeit an diesem Apparat . . . ist so vereinfacht und unterscheidet sich so wenig von der Arbeit an der Schreibmaschine, daß jede Schreibmaschinistin oder sonst jemand sie ausführen kann.“ Und so wie damals Lingts auch heute. Er schreibt: „Der Verfasser (Dr. Weyer) ist auch entschiedener Gegner der Frauenarbeit (— auf welcher Seite der Dr. Weyer'schen Broschüre steht das, Herr Schlotte? —) und ungerelerten Arbeiter in Seymaschinenbetrieben; ich glaube aber, daß die Entwicklung hier nicht aufzuhalten ist, so bedauerlich dies an und für sich für das Gewerbe auch ist.“ Das Mitleid des Herrn Schlotte mit dem Gewerbe ist geradezu rührend. Und an anderer Stelle sagt er in bezug auf die Beschäftigung ungerelerten Arbeiter: „Das kommt ganz darauf an, was uns die Zukunft an neuen Seymaschinenkonstruktionen noch bringt.“

Nun, Herr Schlotte, wenn Sie die Fachpresse objektiv verfolgen, so werden Sie finden, daß man von Ihrer Idee immer weiter abdriftet. Gerade die neuen Seymaschinenkonstruktionen und die fast ständig sich erweiternden Verwendungsmöglichkeiten der älteren Systeme im Interaten-, Tabellen- usw. Satz sind es, die Ihre Idee zur Farce werden lassen.

Daß Herr Schlotte das schwache Geschlecht für die Seymaschinen protegirt, ist vorläufig eine Sache, die er mit sich selbst ausmachen kann; daß er Reklame für Seymaschinen macht, ist seine Pflicht als Angestellter einer Fabrik. Aber Herr Schlotte ist doch auch noch Fachschriftsteller mit nicht schlechtem Ruf — mir ist er bekannt als früherer Herausgeber des „Journals für Buchdruckerkunst“ —, und als solcher hat er doch auch Verpflichtungen dem Gewerbe gegenüber, dem auch er angehört hat oder noch angehört. Wie groß oder wie klein er diesen Kreis ziehen will, darüber hat ihm ja niemand Vorschriften zu machen. Die Folge wird nur sein, daß man eine Umwertung der Person des Herrn Schlotte vornehmen und ihn etwas eingehender betrachten muß als seither.

Am Schluß seiner Besprechung des Dr. Weyer'schen Werkes bringt Herr Schlotte — wie sich das auch gehört — den Herren Zeitungsverlegern die General Composing Co. in freundliche Erinnerung: „Zunächst hat erst das Auftreten der General Composing Co. eine Verminderung der Preise für Vintotypen und deren Matrizen und Ersatzteile bewirkt.“ In Nr. 17 des „Buchgewerbes“ gedenkt Herr Schlotte ebenfalls bei Besprechung des Dr. Weyer'schen Buches anerkennend der Verdienste der General Composing Co. um die Buchdruckerwelt, für die „die Sachlage noch günstiger wird, wenn (?) die Fertigungsmaschine erst zum Verlaufe kommt.“

Wohin steuern Sie, Herr Schlotte? so fragte seinerzeit die Schriftleitung der „Technischen Mitteilungen“ in bezug auf den oben erwähnten Reklameartikel im „Zentralblatt“. Eine Antwort hat er selbst darauf nicht gegeben, aber in seinem Artikel im „Zeitungsverlagers“ gibt er sie: Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Nigdorff.

Otto Böhm.

Wenn es nach der Zahl der Tagungen ginge, wäre die soziale Frage in den letzten acht Wochen sicherlich endgültig gelöst worden. In sozialpolitischen Kongressen war nämlich wirklich kein Mangel. Von einem gelehrten Haupte stammt der Ausspruch: „Ein Zatenmörder ist der Sumpf der deutschen Rede.“ Das war vor sechs Jahren. Nicht nur in der Folgezeit, sondern früher schon hat sich aber erwiesen, daß den deutschen Bierbank-, den Versammlungs-, den Kongress- und den Parlamenten unrecht geschieht, wenn ihnen mehr oder weniger in Fraktur beigeut wird, daß sie nur zum Fenster hinaus oder, was nicht ganz so schlimm ist, an die leere Wand reden. In anderen Ländern mit geläufiger Zunge soll das nämlich weit eher der Fall sein. Mit den sozialen Kongressen verhält es sich ebenso. Ob sie in dem schwerfälligen Germanien, in einem der lebhaftesten romanischen Länder oder bei irgendeinem der ruhigen nordischen Völker stattfinden — zu wenig wird niemals geredet und zu viel erst recht nicht gehandelt. Daran vermag der größere Eifer, das bessere Überzeugtsein wie der beste Wille einzelner nichts zu ändern. Es ist noch zu viel Dilettantismus, zu viel äußerlich Persönliches, was der Kongresserei unserer Zeit anhaftet; der große Ernst zur Sache mangelt im allgemeinen noch zu häufig. Etwas Gutes bringen sie aber doch, diese nationalen oder internationalen Tagungen: das soziale Gewissen wird geschärft und der Blick für die soziale Notie und Erfordernisse geweitet. Mag sich das nun sehr unterschiedlich zeigen, im ganzen ist es doch ein Gewinn. Und dieser kleine Kern in einer äußerlich vielleicht wenig versprechenden Schale, er hat durchaus nicht immer Aussicht, zu verdorren und zu verflümmern. Das läßt über so manches hinwegsehen.

Der internationale Heimarbeitskongress in der diesjährigen Ausstellung — und darum auch Allerteilungskongressstadt Brüssel war von den Regierungen und den Gewerkschaften nur spärlich besichtigt worden. Er ergab den erfreulichen Umstand, daß sich in Deutschland die Hausgewerbetreibenden im Rückgang befinden. Gegen das Jahr 1895 waren 1907 11,5 Proz. Personen weniger als Heimarbeiter beschäftigt, trotzdem wurden ihrer noch über 400000 gezählt. Es wurde ein ständiger Ausschuß für die Vorbereitung von Heimarbeitskongressen in Brüssel eingesetzt. Eine mit der Weltausstellung verbundene gewesene Heimarbeitsausstellung führte vor allen Dingen zu der Erkenntnis, daß eine solche Veranstaltung nicht in den bunten Mägen eines Industrie- und Völkermarkts paßt. Die in Paris abgehaltene internationale Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führte zur Schaffung der Internationalen Vereinigung zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und vor allem zu der nur wenig genutzten Konstatierung, daß ohne die Anerkennung und Mitwirkung der Gewerkschaften hierbei gar nichts zu erzielen ist. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik und die Arbeitslosenversicherung der Gewerkschaften bilden das Fundament, auf dem weiter gearbeitet werden kann. Die jetzt in Preußen-Deutschland mit noch größerer Schärfe beliebte Stellungnahme gegen die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter steht mit diesen elementarsten Voraussetzungen zu einer positiven Tätigkeit auf diesem Gebiete wieder in erdenklich schroffem Gegensatz. Ubrigens war die deutsche Regierung nur inoffiziell vertreten, während 18 Länder offizielle Regierungsvertreter entsandt hatten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands beteiligte sich durch zwei Delegierte, die eine vorzügliche Denkschrift in deutscher, französischer und englischer Sprache über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenvermittlung überreichten. Eine Internationale Konferenz für Sozialversicherung fand zum erstenmal im Haag statt, sie hat allerdings in der früheren Kongressen gleicher Benennung seit 1889 Vorläufer. Diese Tagung war insofern von besonderem Interesse, als, verursacht durch eine Denkschrift der deutschen Ärzte, der bekannte Leipziger Verband mit seiner peremptorischen Forderung der freien Arztwahl und seiner Kampfweise gegen die Krankenkassen überhaupt in dem Mittelpunkt der lebhaften Debatten stand und eine fast einmütige, vor allen Dingen gründliche Abfuhr erlitt. Die Internationale Vereinigung für gesetzliche Arbeiterchutzverband mit ihrer diesjährigen Tagung (in Lugano) die Feier des zehnjährigen Bestehens. Diese soziale Gesellschaft kann praktische Erfolge von größerer Bedeutung aufweisen. In Basel hat sie ein internationales Arbeitsamt errichtet, das von einigen Staaten, darunter sogar von Deutschland, unterstützt wird. Gesetzgeberische Aktionen von internationalem Umfange hat sie mit dem Verbote der industriellen Nachtarbeit und mit der Unterfügung der Verwendung von Phosphor zur Fabrikation von Zündhölzern und Zündwahren herbeigeführt. Die Heimarbeiter bildete einen Hauptpunkt der Beratungen. Die gewerkschaftliche Organisation, der Abschluß von Tarifverträgen und die Errichtung von Lohnämtern wurden als wesentlichste Mittel bezeichnet, in dieser Frage vorwärts zu kommen. Bei den Regierungen sollten die notwendigen Schritte unternommen werden zu einem Verbote der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und zwecks Herbeiführung des Beihinstudenten für Frauen sowie für jugendliche Personen. Ein Sozialkongress in Frankfurt a. M. war der erste seiner Art. Es handelt sich um eine Veranstaltung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die der erkrankten Gesellschaft ein Verbot sein, ihre Tätigkeit aber nur gutachtend ausüben will. Es ist ein ganz eigenartiges Experiment. In Angriff genommen worden zunächst eine Soziologie des Zeitungs-

wesens. Die Wirkung der Presse auf die politischen und kulturellen Verhältnisse der hauptsächlichsten Kulturländer soll im speziellen erforcht werden. Als weitere Aufgabe soll folgen eine Erforschung der gesellschaftlichen Beziehungen, also des Vereinswesens von seiner kleinsten Erscheinung bis zu den Riesenverbänden gewerkschaftlicher Art und den großen politischen Parteien. Der Vortrag eines Münchner Gelehrten über die Begriffe der Rasse und der Gesellschaft berührte eine alte Streitfrage, die durch die Art ihrer Wiederaufrollung in Frankfurt a. M. einer befriedigenden Lösung gewiß nicht näher gebracht ist. Der sechste Verbandstag deutscher Arbeiternachweise, abgehalten in vergangener Woche in Breslau, war erfreulich von allen drei Gewerkschaftsrichtungen besichtigt. Ein Faktum, was durchaus nicht immer zu verzeichnen ist. Die Regierungen zeigten auch gute Vertretung. Für diese Korporation soll die Summe von 30000 Mk. in den Reichshaushalt eingestellt werden. Die Frage der einseitigen Arbeiternachweise der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer stand im Vordergrund. Die erstgenannte Art wird neuerdings als Mittel gegen kontraktbrüchige Arbeiter deklariert, ohne, wie aus den Feststellungen über den Heimarbeitsnachweis im Ruhrgebiete besonders hervorgeht, diesen (angeblischen) Zweck nur im geringsten zu erreichen. Das ist in erster Linie auf die starke Heranziehung ausländischer Arbeiter zurückzuführen. Die Hälfte der dort tätigen Arbeiter ist bereits Ausländer. Die Unternehmer nachweise sollen, sicherlich ein Erfolg der öffentlichen Kritik, einmündiger als früher funktionieren. Es wurde, und das mit Recht, ihnen deswegen nun nicht etwa ein begeisterter Hymnus gesungen. Paritätische Beaufsichtigung, paritätische Beschwerdestanz und eine Höchstdauer des Ausschusses kontraktbrüchiger Arbeiter wären die zu stellenden Mindestforderungen. Die Berliner Metallindustriellen ließen durch ihren Generalsekretär folgende Erklärung, daß über die Errichtung einer paritätischen Beschwerdestanz sie mit sich reden lassen. Es dümmert also wohl die Erkenntnis, daß die großen Unternehmerverbände mit ihrer brutalen Handhabung des Arbeiternachweises nicht mehr vor der Öffentlichkeit bestehen können. Der Leipziger Professor Dr. Stieba appellierte eindringlich an die Arbeitgeber, die öffentlichen Arbeiternachweise, die meistens paritätischen Charakter haben, zu benutzen. Durch gemeinsames Wirken von Unternehmern und Arbeitern werde die Woffahrt am besten gefördert. Das ist wohl richtig, kann praktisch aber nicht genügend erprobt werden, solange der Standpunkt des Herrn im Hause von den Großindustriellen wie ein neues Evangelium gepredigt wird.

In diese Periode allgemeiner Menschheitsbeglückung paßte nun ein „Gebentag“ eigener Art wie die Faust aufs Auge. Der 8. November war nämlich ein Jubiläumstag der Schande: die preussische Gesindeordnung bestand hundert Jahre. Es wurden vor und nach den sogenannten Freiheitskriegen von Deutschlands Fürsten bekanntlich viele Versprechungen dem Volke gemacht — aber wenig gehalten. Der damalige preussische König Friedrich Wilhelm III. dekretierte, „mit dem Martini 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit in unsren sämtlichen Staaten auf, nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute.“ Das wurde in einem Edikte vom 9. Oktober 1807 verkündet. Zwei Tage vor dem befreiten Martinitage, nämlich am 8. Oktober 1810, erblühte jedoch die schreckliche preussische Gesindeordnung das Licht der Welt, die heute noch in den Provinzen mit dem alten preussischen Landrechte Geltung hat und durch ein am 24. April 1854 herausgekommenes Gesetz für die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde noch Erweiterung erfahren hat. Es ist nicht der Zweck dieser Zeilen, die ungläubliche Rückständigkeit, die oft an Sklaverei grenzenden Bestimmungen dieser allem Kulturfortschritt in dem seither verflorenen Jahrhunderte hochsprachen Geseze hier zu beleuchten, wir wollen nur auf ihre Existenz, im Zeitalter des größten Harmoniebüfels, wie ein ganz blaueblütiger einmal vor Jahren auf einem preussischen Provinziallandtage sagte, mit aller Schärfe hinweisen. Wo so mehr, da das preussische Gesinderecht sich nicht allein aus vormärklicher Zeit erhalten hat, sondern in fast allen Bundesstaaten die Diensthöten wie die landwirtschaftlichen Arbeiter noch unter ähnlichen, „Rechts“zuständen schmachten. Wenn eine der vielen sozialpolitischen Vereinigungen und Tagungen sich die Aufgabe als Hauptziel setzen wollte, alles zur Beseitigung der Gesindeordnungen in Bewegung zu setzen, es wäre in der Tat verdienstlicher als die Befassung mit so manchem Problem auf dieser Art von Kongressen, dessen Lösung noch in nebelgrauer Ferne liegt.

In unrem aufgeklärten Jahrhundert erleben wir aber das widerliche Schauspiel, daß sich Arbeiter freiwillig in die Sklaverei begeben. Daß diese Heloten auch kongressen, am Ende gar zu dem Zwecke sich zu „zentralisieren“, wie es der allgemeine Zug gegenwärtig im Organisationsleben ist, wer hätte je einen solchen Widerspruch auszubenden vermocht! Wie die in Magdeburg Mitte Oktober, also nur einige Wochen nach dem Scheitern des Revisionismus über den Revisionismus, versammelt gewesene Reichskonferenz der Gelben indes lehrt, wird auch das unmöglichste heututage zur Tatsache. Die nützlichen Elemente erfreuten sich in unfer verkehrten Welt immer einer nicht geringen Begünstigung aller staatsverhaltenden Kreise. Innerlich dachte man wohl nicht mit besonderer Hochachtung von diesen Wesellen, denen in erster Linie völlig abgeht, was in der guten Gesellschaft stets zum ton gehört: Korpsgeist. Es wurde jedenfalls mit dem alten Frig gehalten, der bei einer Gelegenheit den ungemien drahtigen Auspruch gestan: „Man braucht die Galunken, aber man ähmirt sie

nicht." Wenn aber nicht alle Anzeichen trügen, wird auch dieser Standpunkt bald zu den antiquierten Auffassungen zählen. Daß ein königlicher Ober-, ein königlicher Regierungs- und ein königlicher Polizeipräsident solche Knechtsgeelen mit ihrer Gegenwart brechen, dem schmachtvollen Treiben dieser bewußten Sklaven ihren Segen spenden und (so geschahen von dem Magdeburger Regierungspräsidenten) die Arbeiter dieser Konferenz vorbildlich und ein Gott wohlgefälliges Werk nennen konnten, geht denn doch über den Horizont des diesen um das Staatsleben so verdienten Ehrenmännern gegenüber für möglich gehaltenen. Nun, sie werden ihre helle Freude erlebt haben an den gelben Herrschaften, die einander holdselig in den Armen lagen wie Hund und Katz, und deren Organe („Bund“, „Wehr“ und „Deutsche Treu“) gegenseitig in Liebeswürdigkeiten überließen, wie es auch den äußersten Flügel links, den Anarchisten und Anarchos, ebenso anschaulich zu beobachten ist. Die „Verständigungskonferenz“ brachte weder den Anschlag der evangelischen Arbeitervereine noch eine Einigung zwischen den Vaterländischen und den Werkvereinen. Diese beiden Abarten der gelben Seuche streiten nämlich miteinander um den Vorrang. Unter Knechten gewiß recht possierlich. Die Kriegserklärung an die freien, die christlichen und die kirchlich-Dunderlichen Gewerkschaften regt niemand auf. Der Ruf nach größerem Schutze der Arbeitswilligen, nach einem Streikpostenverbote, charakterisiert diese Leute als das, was sie bestimmungsgemäß sind: ganz erbärmliche Verräter. Sie sind eben jeder Scham bar. Den Reaktionen und Schamfadern dienen sie, wie der „Berliner Botschafter“ ganz richtig bemerkt, als Vorwand für jeden Anschlag gegen die Arbeiterbewegung. In dieser Beziehung sind ja, wie unsre Leser wissen, in Deutschland die Aktien wieder einmal im Steigen begriffen. Trotzdem die gefuchte Verständigung eher mit einem allgemeinen Auseinanderstehen endete und die Pressevertreter inständigst gebeten wurden, von den erbaulichen Vorgängen nichts zu bringen, fand doch die Einsetzung eines Hauptauschusses mit dem Sitz in Magdeburg statt, das leider auch zu einer starken gelben Garnison avanciert ist. Lebius, Ermert, Warnede, Wischnowski und als Krönung des Ganzen vielleicht Friedrich Hing, der Feld von Moabit, sie werden ja keine gelben Armeen aus der Erde stampfen können, aber ihre Wirken, das Vorhandensein von etwa 70000 Mann Gefolgschaft und im besonderen dieser Kongreß sind doch ein beschämendes Dokument für eine Entartung unter den Arbeitern, die sich die organisationsfeindliche Großindustrie als ihr Verberien anrechnen kann. Daß nicht alle Unternehmer sich mit der Züchtung dieser gelben Brut beschäftigen, sondern sie nach Gebühr einschämen, hat am treffendsten der kommunistenrat Manz in Bamberg gezeigt, der über diese Sippchaft u. a. folgenbermaßen urteilt:

Diese neuartigen Organisationen treten in den verschiedensten Formen und wohl meistens auf Anregung der Arbeitgeber ins Leben; hier als Werbervereine, nationale oder vaterländische Vereine, dort als Spar- und Prämienvereine oder mit dem sonderbaren Namen Verein organisierter Arbeiter. Nicht alle diese Spielarten dürfen in bezug auf ihre Tendenz in einen Topf geworfen werden. Zu unterscheiden haben wir lebendig und mit aller Schärfe, ob der Verein — offen oder versteckt — auf das Streitrecht verzichtet und damit die Koalitionsfreiheit seiner Mitglieder zunichte macht und ob er sich nicht die Aufgabe stellt, die bestehenden Arbeiterorganisationen zu schwächen, indem er ihnen Mitglieder abspenstig macht und ihnen bei Gelegenheit in den Rücken fällt. Solche Vereine verdienen als gelbe Bezeichnung zu werden und haben das Stigma als Verräter der Arbeiterrechte zu tragen. Hier waltet nicht die freie Selbstbestimmung der Arbeiter, sondern der Druck der Arbeitgeber. Um eines geringen Vorteils, einer Geldprämie willen oder wegen der Aussicht auf eine Unterstüfung in der Zukunft, die ihm wie ein Köder hingehalten wird, verkauft ein solcher Arbeiter sein ihm vom Gesetze gemäßestes Koalitionsrecht, während er vor Augen sieht, wie seine Arbeitgeber von dem gleichen Rechte für sich den ausgiebigsten Gebrauch machen und sich in einem mächtigen Unternehmerverbande zusammenschließen. Die Solidarität der Arbeiterinteressen wird ihm ein fremder Begriff und der soziale Gedanke geht ihm dabei völlig verloren.

Es ist hübsch, daß von einem Unternehmer, der nach dem Umfange seines Betriebes wahrlich nicht zu den unbedeutenden Vertretern der Industrie zu zählen ist, die Gelben so treffend gekennzeichnet worden sind. Etwas Geschmeiß und nichts andres! Wer an solchen Kreaturen und an deren Züchtung Gefallen findet, kann auf besondere Charakterstärke selbst keinen Anspruch erheben. Erstlich sind diese Instrumente ihrer Herren ganz nach dem Herzen des Arbeitgeberverbandes im Buchdruckgewerbe. Die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ hat schon zu verschiedenen Malen durchdrillen lassen, daß Welt ihre Lieblingscouleur ist. Der Wittenbergbund ist anscheinend noch nicht rückgratlos genug, die Selbstentmannung muß noch größer sein.

Wie schon offiziös verlautet, denkt man in Preußen wie im Reich nicht an neue gesetzgeberische Aktionen zum Schutze der Streikbrecher und zum härteren Anlassen von Demonstrationen. Auf derlei Dementierungen ist Erfahrungsgemäß wenig zu geben. Häufig ist das Ungelegnete nachdem erst recht Ereignis geworden. Wenn die Reichsregierung auch nicht große Neigung zu solchen Vorgehensweisen verspürt, weil ihre Unpopulalität sich nur noch um ein Erkleckliches steigern könnte, die Regierungsparteien aber werden den Tee schon besorgen. Dann

wird man sehen, was ist. Daß die bestehenden Gesetze zur gerichtlichen Ahndung von Lunkeln völlig genügen, wird ja der sechsen begonnene erste Moabiter Kramallprozeß in jedenfalls nur zu ausreichendem Maße zeigen. Die ganzen Vorbereitungen zu der ersten Moabiter Verhandlungsserie lassen wenigstens darauf schließen. Für die gelbe Brut ist diese offizielle Dementierung immerhin aber eine Enttäuschung. Mögen alle Teile in der Arbeiterbewegung zusammenwirken, daß das gelbe Konzept nicht bloß in dieser, sondern in jeder Beziehung kräftig verdrängt wird. Das Schamfadertum wird dadurch mitgetroffen!

## Korrespondenzen.

**Berlin.** (Vereinsversammlung am 2. November.) Kollege Massini hatte in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kuratoriums für die Berliner städtischen Arbeitsnachweise an dem vom 26. bis 29. Oktober in Breslau tagenden Arbeitsnachweiskonferenzen teilgenommen. Über die dort gepflogenen Verhandlungen entrollte er nun in der Versammlung des Berliner Gaus in Form eines Referats ein klares Bild. (Soweit diese Ausführungen den Bericht unter „Rundschau“ in voriger Nummer des „For.“ ergänzen, seien sie hier wiedergegeben. Red.) Durch die neuerdings immer mehr in die Erscheinung getretenen, für die Arbeiter aber ganz besonders gefährlichen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber ist die Arbeitsnachweissfrage jetzt akut geworden. Die freien Gewerkschaften stehen heute auf dem Boden der paritätischen Arbeitsnachweise. Bis 1896 war dies nicht der Fall. Noch der Frankfurter Gewerkschaftskongreß hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Arbeitsnachweise in die Hände der Gewerkschaften gehören. Jedoch mit dem Wachsen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen hat sich bei jenen die Erkenntnis durchgedrungen, daß auf die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise hinzuwirken sei. Auch staatliche und kommunale Behörden haben sich dieser Frage angenommen, und so wurden auch kommunale Arbeitsnachweise für die verschiedensten Berufe errichtet. Bei den gewerksmäßigen Stellenvermittlungen hatten sich im Laufe der Zeit so ungeliebte Zustände herausgebildet, die in erster Linie in den oft ungeheuer hohen Gebühren bestanden, welche den Arbeitssuchenden abgenommen wurden, daß der Reichstag dazu Stellung nehmen mußte und ein Stellenvermittlungsgesetz schuf, das am 1. Oktober d. J. in Kraft getreten ist und wenigstens die größten Mißstände beseitigen wird. Zu den sogenannten gemeinnützigen Arbeitsnachweisen, die keine Vermittlungsgebühren erheben, gehören auch die paritätischen Nachweise im Buchdruckgewerbe. Es steht außer Zweifel, daß die einseitigen Arbeitgebernachweise hauptsächlich zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeiter errichtet werden. Ein ganz besonders trasser Fall hat sich vor Jahren in der Metallindustrie abgepielt. In Berlin hatte ein Arbeiter der Firma Vorsig einen Kranz für die Märzgefallenen getragen und war deshalb entlassen worden. Er ging darauf nach Amerika, kehrte aber nach sechsmonatlicher Abwesenheit zurück, um in Essen bei der Firma Kripp in Arbeit zu treten. Auf Grund der schwarzen Liste aber, wo er vor sechs Jahren eingetragen war, wurde er nicht eingestellt. Von den Vertretern dieser Arbeitgebernachweise wurde ins Feld geführt, man müsse ein Mittel haben, um sich gegen kontraktbrüchige Arbeiter zu schützen. Um zu beweisen, daß die Arbeitgebernachweise nicht zum Nachteil der Arbeiter fungieren, wurde von den Vertretern dieser Nachweise als Äquivalent angeboten, daß Beschwerdekommissionen gebildet werden können. Diese haben jedoch gar keinen Wert, weil sie ja doch nur Wünsche vorbringen könnten, aber keine Exekutive besitzen würden. Sie würden mindestens ebenso zur Unfruchtbarkeit verdammt sein wie heute zum Teil die Arbeiterausschüsse. Eine andre Frage, mit der sich der Kongreß eingehend befaßte, war bekanntlich die Beschäftigung ausländischer Arbeiter. Auch hierbei gingen die Meinungen weit auseinander. Das von großem sozialen Verständnis zeugende Referat hielt der Leipziger Professor Stieba. Er legte dar, welchen Einfluß auf unsre Volkswirtschaft der Zustrom ausländischer Arbeiter besitze. 2126000 ausländische Arbeiter werden jedes Jahr in Deutschland beschäftigt, der weitaus größte Teil davon in der Landwirtschaft und im Bergbau; auf Preußen allein entfallen etwa 700000. Nach einer Statistik auf Grund der Berufszählungen war die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in der Industrie von 238934 im Jahre 1900 auf 440800 im Jahre 1907, also um 84,5 Proz., gestiegen. Den größten Anteil nehmen hier wieder die Industrie der Steine und Erden mit 70000 und die Metallindustrie mit 25000 ausländischen Arbeitern ein, in der Papierindustrie sind es 5241 und im polygraphischen Gewerbe 3775. Letztere Zahl erscheint zwar klein, bedeutet aber doch einen ziemlich hohen Prozentfuß. Fragt man nun, welche Mittel der Staat anwende, um den Zustrom ausländischer Arbeiter zu beschränken, so muß die Antwort darauf lauten: gar keine. Der Staat vertritt das Interesse besonders der Landwirtschaft und des Bergbaus und ist eifrig bestrebt, diesen billigen Arbeitskräfte zu verschaffen. Da einerseits große Arbeiterscharen aus den Ostmarken sich nach Westdeutschland wenden, um dort in den Berg- und Hüttenwerken ein wenigstens etwas menschenwürdigeres Leben zu führen, glaubt die Regierung es als eine Notwendigkeit erachten zu müssen, der dadurch entstandenen Leutenot in der Landwirtschaft durch Begünstigung der Einwanderung ausländischer Arbeiter entgegenzutreten. Der Landflucht aber durch ein uneingeschränktes Koalitionsrecht zu steuern, damit die Landarbeiter in der Lage seien,

sich menschenwürdige Zustände zu schaffen, davon will man nichts wissen. Von den Bewörtern der Beschäftigung ausländischer Arbeiter wurde auch angedeutet, daß man durch die soziale Gesetzgebung dazu gezwungen werde. Also die schwachen Bestimmungen, die zum Schutze erwerbstätiger Frauen und Kinder erlassen wurden sind mit Schuld, daß ausländische Arbeiter heran gezogen werden! Wie mögen da erst die Zustände sein, wo diese Arbeiter herkommen, die den deutschen Arbeiter durch billigere Löhne Konkurrenz machen. Allerdings, in anderen Ländern fehlen die Arbeitskräfte. So sind im vergangenen Jahr in Böhmen, das ein großes Kontingent der nach Deutschland zuwandernden Arbeiter stellt, von 158000 offenen Stellen nur knapp 100000 besetzt worden, etwa 60000 Stellen blieben also unbesetzt. Der Kongreß war sich klar darüber, daß diese Fragen, die einseitigen Arbeitsnachweise sowohl wie auch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, erhöhte Aufmerksamkeit erfordern, und daß die Gesetzgebung sobald wie möglich eingreifen muß, um die bestehenden Mißstände zu beseitigen. In eine Diskussion über das Referat des Kollegen Massini wurde nicht eingetreten. Sodann wurde die Abrechnung vom „Geitener Abend“ am 9. Oktober gegeben. Diese ergab eine Einnahme von 844,60 Mk., eine Ausgabe von 628,70 Mk., so daß ein Überschuß von 215,90 Mk. verbleibt, wovon die Hälfte, also 107,95 Mk., bestimmungsgemäß in den Matinee Fonds fließt. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende u. a. bekannt, daß die Vertrauensleute bei der Neueinstellung von Lehrlingen fast überall auf der Hut gewesen seien, so daß verschiedene zu viel eingestellte Lehrlinge wieder entlassen werden mußten. Es solle stets darauf geachtet werden, daß Einprüche noch rechtzeitig vor Ablauf der vierwöchigen Probezeit erhoben werden. Ferner wurde mitgeteilt, daß bei der Firma Renz & Co. wieder einmal dem Vertrauensmann der Maschinenmeister gekündigt worden war. Darauf hatten dann sämtliche Maschinenmeister ihre Kündigung eingereicht. Der Vertrauensmann erhob nun Klage beim Schiedsgerichte wegen Wahrgelung, die Firma ihrerseits wegen Massenündigung. Ehe die Klagen aber zur Verhandlung kamen, war die Angelegenheit durch Aussprache geregelt worden, indem die Firma die Kündigung des Vertrauensmanns und die Kollegen ihre Kündigungen zurückzogen. Dann wies der Vorsitzende nochmals auf die am 13. November stattfindende Gewerbegerichtswahl hin, wo kein Kollege, der wahlberechtigt sei, fehlen dürfe, da jede Stimme von Wert sei. Auf den Aufruf des Kollegen Massini hin meldeten sich etwa 40 Kollegen aus der Versammlung zur Befragung der Wahlbureau. Zum Schluß wurde noch auf die am 17. November stattfindende Generalversammlung des Vereins sowie auf das für den 3. Dezember geplante Stiftungsfest hingewiesen.

**H. Berlin.** (Brandenburgischer Maschinen-seherverschein.) Die am 6. November abgehaltene, von etwa 200 Kollegen besuchte Versammlung beschäftigte sich eingehend mit der Überstundfrage. Konnten wir früher mit Genugtuung feststellen, daß die Maschinen-seher sehr wenig mit Überstunden rechneten, so ist jetzt ein Zustand herbeigeführt, der zu scharfen Vorgehen Veranlassung gegeben hat. Die von den meisten Geschäften gegebene Begründung: Wir haben nur einen Korb oder nur ein Magazin der betreffenden Schrift oder nur eine Gussform, darf für uns keine Veranlassung sein, nun ohne weiteres die Überstunden in beliebiger Zahl zu machen. Die Maschinenfabriken sind jedenfalls gern bereit, den mit Korben und Magazinen usw. in Verlegenheit befindlichen Firmen auszuweichen, und im übrigen sind ja auch noch Handseher vom Nachweise zu erhalten. Mit welcher Selbstverständlichkeit man Überstunden verlangt, davon zeugt ein Fall, in dem man von Monotypesehern forderte, nach Absolvierung ihrer Arbeitszeit um 5 Uhr nachmittags bis 1 1/2 Uhr nachts Überstunden zu machen. Das bishige Tippen . . . ! Wie naive aber auch die Kollegen sind, davon folgendes Beispiel: Eine Firma hatte vor einiger Zeit momentanen Arbeitsmangel und verlangte von ihren Sehern ein je zweitägiges Aussehen auf eigne Kosten — jeden Tag könnte die Arbeit kommen —, worauf die Kollegen auch solange hereinfielen, bis die Sache bekannt wurde; in dankbarer Anerkennung des von Geschäften gezeigten sozialen Empfindens wurden bis kurz vor dieser Versammlung Überstunden von nicht geringer Zahl gemacht, damit die Arbeit schnell wieder fertig wird. Es wurden Verhaltungsmaßregeln in bezug auf Leistung von Überstunden in größerer Zahl gegeben, und ferner sollen im Interesse des Ansehens unster Organisation die Überstundenhändler in Zukunft an den Pranger gestellt werden. Als Kandidat für die Gauvorstandswahl wurde wieder Kollege Braun aufgestellt. Unter „Technisches“ wurde die Dreibuchstabenlinotype mit ihren Verbesserungen sowie die neue Universaltypenform, mit der man bis auf 34 Cicero Länge alle Regelformen von Nonpareille bis Tertina gießen kann, erläutert. Auch die in „Viktorkline“ ungetaufte Herculesmaschine wurde eingehend besprochen. Aufgabe der Maschinen-seher wird es sein müssen, dafür zu sorgen, daß bei dem nun beginnenden Konkurrenzlaufe der feindsichlichen Brüder Mergenthaler Fabrik und General Composing Co. die Kollegen nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Das eine Gute haben die ständigen Verbesserungen, die wachsenden Verwendungsmöglichkeiten der Maschine jedenfalls, daß den Anhängern der Beschäftigung von Nichtbuchdruckern an den Segnungen immer mehr der Wind aus den Segeln genommen wird. — Im Anschluß an die Versammlung fand die Beschäftigung der „Viktorkline“ im Ausstellungstotele sowie des Gesamtbetriebes der General Composing Co. statt.

**Witterfeld.** Die am 29. Oktober abgehaltene Monatsversammlung war außerordentlich gut besucht. Diese erfreuliche Tatsache hatte anscheinend die Nachricht von der Anwesenheit unfres Bezirksleiters Lingner (Wesau), der zum ersten Mal den hiesigen Ortsverein mit seinem Besuch erfreute, veranlaßt. Nach einer herzlichen Begrüßung aller Erschienenen durch den Vorsitzenden erstattete zunächst Kollege Günther den Kassenbericht. Hierauf erhielt Kollege Lingner das Wort zu seinem Vortrag: „Notwendigkeit und Nutzen der Organisation“. In längeren interessanten Ausführungen schilderte Redner die wesentlichen Unterschiede und trennende Kluft zwischen christlichen und freien Gewerkschaften, dabei die Marke Gutenbergbund mit ihren widerwärtigen, scheinheiligen Grundrissen und Auswüchsen gebührend beleuchtend. Reicher Beifall wurde dem Referenten zuteil. Ein Antrag, den „Korr.“ obligatorisch einzuführen, wurde wegen der damit verbundenen Beitragsverhöhung zur nächsten Versammlung vertagt. Es folgten noch Besprechungen hiesiger Verhältnisse, worauf der Vorsitzende mit Dankesworten an den Referenten die von echt kollegialem Geiste getragene Versammlung schloß.

**Ghemnitz.** Die am 29. Oktober abgehaltene Ortsvereinsversammlung hatte sich eines entschiedenen besseren Besuchs zu erfreuen, als dies leider von den letzten Versammlungen gesagt werden muß. Der zahlreichere Besuch dürfte wohl auf die Persönlichkeit des Referenten, Landtagsabgeordneten Max Heldt, zurückzuführen sein, der über das Thema: „Welche Lehren sind aus den letzten Kämpfen zwischen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen für die Gewerkschaften zu ziehen?“ sprach. Und wahrlich, die Anwesenden verließen nicht enttäuscht, sondern begeistert den Saal. Zurückgehend bis zur Zeit des Sozialistengesetzes (1878), unter dem sämtliche Gewerkschaften bis auf die der Buchdrucker der Auflösung verfielen (Das ist eine oft gehörte, trotzdem aber unzutreffende Behauptung. Der damalige Deutsche Buchdruckerverband löste sich unter dem Druck der polizeilichen und Regierungsmaßnahmen selbst auf. An seine Stelle trat der Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker. Der Sitz wurde von Leipzig nach Stuttgart verlegt. Die behördlichen Schikanen nahmen aber nicht ab, sondern eher zu und dauerten bis zum Jahre 1890. Vgl. Neßhauser: „Zur Geschichte des Verbandes“ usw., S. 46—52. Red.) — trotz der Veteurierung Bismarcks, nur die Sozialdemokratie treffen zu wollen —, zeigte Redner, ein wie verändertes Bild die wirtschaftlichen Kämpfe von heute gegen die von früher aufweisen. Heute streifte das Unternehmertum, indem es Ausperrungen wegen geringfügiger Differenzen in Szene setzte. Früher konnte und mußte sich das Unternehmertum auf die Geseßgebung und die Behörden stützen, heute greife es zur Selbsthilfe, sobald die Regierung ihm nicht in dem gewinnträchtigen Maße willfährig sei, weil auch sie heute mit den Gewerkschaften als einem gewaltigen Machtfaktor rechnen müsse. Die Bestrebungen, neue Gesetze gegen die Arbeiterchaft zu schaffen, hielten die Unternehmer bis zum heutigen Tag aufrecht. Unter Posadowsky übergab der Zentralverband deutscher Industrieller der Regierung 12000 Mk. zur Niederknüppelung der Gewerkschaften. Auch die hierauf geschaffene Buchstausvorlage verhinderten letztere durch Entfaltung einer intensiven Agitation unter Voranmarsch der Buchdrucker. Unter Verleß wurde der Versuch gemacht, den § 153 der Gewerbeordnung, der bereits als Galgen neben § 152 steht, zu verschärfen. Der Versuch, das Streikpostenrecht, der hauptsächlichste Bestandteil des Koalitionsrechts, illusorisch zu machen, wurde wiederum von den Gewerkschaften niedergebalden. Heute ständen wir vor einer gleichen Gefahr. Aus Anlaß der Moabiter Vorgänge witterte das Unternehmertum Morgenluft für reaktionäre Maßnahmen der Regierung und sammelte Material auf eigne Faust, um dieses der Regierung als Unterlage für ein neues Buchstausgesetz zu übermitteln. Aber die Gewerkschaften würden als außerordentlich starker Faktor auch hierbei ein Wortchen mitreden. Das Unternehmertum schaffe sich gelbe Schutzstruppen, um diese bei gegebener Zeit verwenden zu können. Auch die Buchdrucker hätten eine solche, nämlich den Gutenbergbund. Auf dem Wege der Selbsthilfe seien die Unternehmer bei den Ausperrungen angelangt. Das Streikrecht des Arbeiters nehme auch das Unternehmertum für sich in Anspruch. Der Unterschied liege allerdings klar auf der Hand. Der Arbeiter bestreite nur den Unternehmer, mit dem er in Differenzen geraten sei, das Unternehmertum sperre aber die gesamte Arbeiterschaft aus, selbst wenn mit ihr keine irgendwie gearteten Differenzen vorlägen. Aber die Ausperrung sei ein zweischneidiges Schwert. An der Solidarität der deutschen Arbeiterschaft sei das Bemühen, die Arbeiter aufeinander zu heßen und die Gewerkschaftsklassen zu leeren, gescheitert. Dagegen sei die Konkurrenz der Unternehmer untereinander äußerst schärf. In der Richtung zeichnet die Arbeiter ein bedeutend schärfer ausgeprägtes Solidaritätsgefühl aus. Die verschiedensten Systeme zur Durchföhrung der Ausperrung wurden hierauf vom Redner erörtert. Die Tarifvereinbarungen ständen freilich dem Herr-in-Saule-Standard hinderlich gegenüber. Aber sie erfröhren durch Scharfmacherlichen heftigste Vertämpfung. Heute dürfte der Zentralverband deutscher Industrieller die Verhaltensmaßregeln vieler Unternehmerverbände. Mit der Zeit würden aber die Unternehmer durch den ihnen zugefügten Schaden wohl ihre eigene Organisation mehr fröchten als die der Arbeiter. Da müßten die Gewerkschaften, von strategisch geschulten Leitern geführt, einsehen, dann würden die Ausperrungen den Unternehmern weniger als bisher gefallen. Dazu sei aber vor allen Dingen notwendig die Schulung der gewerkschaftlich organisierten

Arbeiter. Nur in den Berufen erfolgte bisher der Abschluß von Tarifverträgen, wo starke gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter vorhanden waren. Sorgen wir darum, so schloß der Referent, durch unermüßliche Tätigkeit und Agitation dafür, daß die Gewerkschaften bei kommenden Kämpfen gerüstet sind und in dem aufgedrungenen Kampfe siegen. Anhaltender, starker Beifall bezeugte den Dank der Zuhörer. Auch die folgenden Diskussionsredner im Sinne des Referats heimlichen Beifall ein für ihre aufmunternden Worte, die auch die notorischen Versammlungsschwänger aufrütteln sollten. Darum auch hier nochmals der Appell des Vorstandes: In den nächsten Versammlungen Mann für Mann zur Stelle! Jeder Kollege, der sich als Verbandsmitglied fühlt, hat die Pflicht, jede Versammlung zu besuchen. Unter „Vereinsangelegenheiten und geschäftliche Mitteilungen“ forderte der Vorsitzende noch zu reger Beteiligung an der am 17. November stattfindenden Wahl der Beisitzer für das Gewerbegericht auf und gab die Auflösung von 1200 Mk. an den Verein Volkshaus zur Regelung der Herbergsangelegenheit bekannt. Eine Anfrage betreffend die Notwendigkeit der abermaligen Beitragsverhöhung der Gemeinamen Ortskrankenkasse wurde befriedigend begründet. Am Schluß empfahl noch Kollege Jenzsch den Anschluß der Buchdrucker an den neugegründeten „Allgemeinen Bauverein“, der sich zu einer Genossenschaft entwickeln, die Aufgabe gestellt hat, durch Bau guter, billiger Wohnungen die Wohnungsalamität in Ghemnitz zu heben.

**Essen (Ruhr).** Die Vereinigung der Stereotypen, Schriftgießers- und Galvanoplastiker des Gaus Rheinland-Westfalen hielt am 30. Oktober in Köln ihre vierte Quartalsversammlung ab, die einen zahlreichen Besuch zu verzeichnen hatte. Vorher erfolgte die Besichtigung der Stereotypieeinrichtung der „Kölnischen Zeitung“. Es war hier Gelegenheit gegeben, die modernsten Stereotypieapparate sowie eine automatische „Plattengießmaschine“ von König & Bauer in Tätigkeit zu sehen. Als sehr anerkennenswert verdient hervorgehoben zu werden, daß die Firma König & Bauer zweckentsprechende Drucksachen der Vereinigung zur Verfügung gestellt hatte. Sowohl der Firma wie auch der Geschäftsleitung der „Kölnischen Zeitung“ sei für ihr bereitwilliges Entgegenkommen bestens gedankt. Dank auch dem Kölner Gesangsverein „Typographia“, der die Kollegen nach der Besichtigung im Restaurant „Zum Freizeitsbräu“ durch mehrere sehr gut gesungene Lieder begrüßte. Den wackeren Sängern wurde reicher Beifall zuteil. Nach der Mittagspause versammelten sich die Kollegen im Restaurant „In der Gasse“, wo der Vorsitzende J. Glasen die Versammlung eröffnete. Ebenfalls anwesend waren der Vorsitzende des Kölner Ortsvereins, Vertram, sowie der Vorsitzende der Maschinenmeistervereinigung von Rheinland-Westfalen, Kiefer. Ersterer hieß die Versammlung namens des Ortsvereins willkommen und hob hervor, daß die Sparte sehr gute Fortschritte gemacht und sich in den Rahmen des großen Ganzen einfüge. Letzterer begrüßte namens der Maschinenmeisterpartei die Anwesenden und führte aus, daß jedes Spartenmitglied für die Sparte agieren müsse. Unter „Geschäftliches“ teilte der Vorsitzende Glasen u. a. mit, daß Krefeld und Wald als selbständige Bezirke gewonnen wären. Die Agitation in Bonn sei leider negativ gewesen. Aufgenommen wurden 23 Kollegen. Leider mußten zwei Kollegen wegen Nerven aus der Vereinigung ausgeschlossen werden. Nummer hielt Kollege A. Lobbe einen sehr ausführlichen, lehrreichen Vortrag: „Die Stereotypie in alter und neuerer Zeit“. Lebhafter Beifall lobnte dem Redner nach „seinen ungefähr einständigen Ausführungen. An Stelle des abgereisten Kollegen R. Haupt wurde der Kollege W. Gauß (Düsseldorf, Nordstraße 116 a) als technischer Berater für die Stereotypie gewählt und sind Anfragen dorthin zu richten. Als nächster Versammlungsort wurde Essen a. d. Ruhr bestimmt. Unter „Verschiedenes“ wurde gewünscht, daß die technische Rundung in den einzelnen Bezirken schneller erledigt und nicht so umfangreich gehalten würde, auch müßten die Angaben genauer gemacht werden. Nachdem noch eine rege Aussprache erfolgt war, schloß der Vorsitzende die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung.

**Reubien (Magd.).** Bezirksmaschinenmeisterklub.) Der nun seit fünf Jahren bestehende Verein hielt am 23. Oktober seine diesjährige Generalversammlung ab, die von den Mitgliedern gut besucht war. Während der fünf Jahre haben sich dem jetzt 30 Mitglieder zählenden Klub folgende umliegende Druckorte angeschlossen: Rondsberg, Lindenberg, Memmingen, Kaufbeuren, Zisterßen und Jenz. Der vom Vorsitzenden gegebene Jahresbericht bewies, daß der Klub auch im verfloßenen Vereinsjahr eifrig bestrebt war, den Aufgaben, die dem Klub als Spartenvereinigung im Rahmen unfres Verbandes zuzutehen, nachzukommen. Bei der Neuwahl wurden der alte Ausschuß wie auch die technische Kommission wiedergewählt. — Anläßlich des fünfjährigen Bestehens des Klubs fand am Nachmittag im Verein mit der Typographischen Vereinigung Kemptens eine Familienunterhaltung statt im „Frontierhof“. Diese nahm einen für alle Anwesenden befriedigenden Verlauf. Der Firma Köfel für die Gratislieferung der Feßdrucksachen sowie der wackeren Gefangsabteilung und allen andren, die zur Verschönerung des Festes mitgewirkt, an dieser Stelle nochmals besten Dank.

**Sandau (Pfalz).** Die Bezirksversammlung am 30. Oktober war schlecht besucht. Nach Bekanntgabe des Kassenberichts wurden drei Neuaufnahmen vollzogen; ein Mitglied, das mit Resten zum Militär ging, wurde aus-

geschloßen. In letzter Zeit haben sich ein paar Mitglieder im Restieren besonders hervorgetan. Um diesem Umwoer zu steuern, wurde der Vorstand auf seinen Antrag hin ermächtigt, Mitglieder, die mit sechs Wochenbeiträgen im Rückstand sind, sowie gewohnheitsmäßige Restanten ohne weiteres dem Gauvorstande zum Ausschluß zu empfehlen. Außerdem soll die Liste der Restanten in jeder Versammlung verlesen werden. Man hofft, daß durch diese Maßnahme die Genohnheitsünder befehrt werden. Besonders Interesse beanspruchte das Referat des Vorsitzenden E. H. B. Bauer über die acht Tage vorher in Ludwigshafen stattgehabte Bezirksvorsteherkonferenz. Die dort gefaßten Beschlüsse wurden nach kurzer Diskussion gutgeheßen.

r-z. Seer (Ostfriesl.) Die ordentliche Monatsversammlung am 5. November war von 19 Kollegen besucht. Zunächst wurde der geschäftliche Teil erledigt. Den Kassenbericht vom dritten Quartal erstattete Kollege Th. Jacobs; er hob hervor, daß die Einnahmen des Bezirks das Vorjahr bedeutend übersteigen. Der Mitgliederstand ist seit Bestehen des Bezirks noch nie so hoher gewesen. Alsdann hielt der Arbeitersekretär Kollege H. Rein (Bremen) einen einständigen Vortrag über „Gewerkschaft und Politik“. Die Aufmerksamkeit und der reiche Beifall bewiesen, daß der Vortrag Anklang gefunden hatte. Hierauf wurde der Kartellbericht entgegengenommen. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten wurde die in allen Teilen gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Pfd. W. Gadsch.** Unse am 29. Oktober abgehaltene ordentliche Monatsversammlung zeigte einen befriedigenden Besuch. Von unseren 90 Ortsvereinsmitgliedern hatten sich 60 eingefunden. Allerdings war auch diese Versammlung so recht dazu geschaffen, den Erschienenen das Verbandsleben von den verschiedensten Seiten zu zeigen. Unser Gauvorsteher Emil Albrecht (Essen) hatte uns mit seiner Anwesenheit beehrt. Nach seiner Begrüßung durch den Ortsvorsitzenden Uebach erfolgte die Aufnahme von drei neuausgewählten Kollegen, worauf die wenigen Punkte der Tagesordnung in kurzer Zeit erledigt waren. Kollege Albrecht ergriß sodann das Wort zu seinem Referat: „Die gegenwärtige Lage im Gewerbe und unfre Aufgaben“. Der Redner verstand es vorzüglich, den Kollegen die Notwendigkeit, Zweck und Ziele der Tarifgemeinschaft klarzulegen. Des weiteren gemahnte er die Kollegen zu recht fleißigem Versammlungsbesuche, wodurch der Einblick und das Verständnis in und für unsere Tarifinstitutionen erweitert und verschärft würde. Lebhafter Beifall wurde dem Referenten zuteil. Von einer Diskussion nahm die Versammlung Abstand. — Im Anschlusse hieran fand eine Feier statt, die unser Ortsverein zum ersten Male verzeichnen konnte. Dem Korrektorinvaliden Karl Jadenberg war es beschieden, sein 25jähriges Verbandsjubiläum zu begehen. Der Vorsitzende Uebach ehrte den Jubilar in längerer Rede und überreichte ihm im Namen des Ortsvereins einen Spazierstock mit silbernem Griff und Widmung. Die Kollegen der W. Hütterchen Offizin überbrachten ihrem früheren Korrektor ihre Glückwünsche gleichzeitig mit einem schäumenden Bierseidel (das bis zur vorgerückten Stunde eifrig in Anspruch genommen wurde). Kollege Albrecht sprach die Glückwünsche des Gauvorstandes aus und feierte den Jubilar als treuen Verbandsveteranen und als leuchtendes Vorbild für die jüngeren Kollegen. Das Männerquartett „Gutenberg“ verköhnte die Feier mit seinen Liedervorträgen.

**Münster i. W.** Am 31. Oktober fand unfre gut besuchte Monatsversammlung statt, zu welcher unser Gauvorsteher Albrecht (Essen) ein Referat über „Die gegenwärtige Lage im Buchdruckgewerbe“ übernommen hatte. In großen Zügen schilderte Redner die gegenwärtige Situation im Gewerbe, besonders die Maschinenchaften der Scharfmacher einer scharfen Kritik unterziehend. Lebhafter Beifall folgte dem mit großem Interesse verfolgten Vortrage. Der Vorsitzende sprach dem Referenten den Dank der Versammlung aus. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten wies der Vorsitzende noch auf die Nr. 43 der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ hin, welche eigens zu dem Zwecke fabriziert ist, der christlichen Gewerkschaftsbewegung etwas mehr auf die Strimppe zu helfen und machte auf das in den katolischen Arbeitervereinen auch unfren Mitgliedern gegenüber beliebte Verfahren aufmerksam.

**Neustrelitz.** Die Herbstversammlung des Bezirks „Südost-Mecklenburg“ fand am 30. Oktober in Neubrandenburg statt. Vertreten waren die Orte Neustrelitz mit 20, Neubrandenburg 7, Friedland 5, Waren 5, Stavenhagen 2 und Malchin 1 Kollegen, was einen guten Besuch bedeutet; außerdem war als Vertreter des Gauvorstandes Kollege Lüdemann (Schwerin) anwesend. Der Vorsitzende Geisler konnte in seinem Bericht mitteilen, daß er nach Rücksprache die Tarifanerkennung des Prinzipals Zint in Penzlin erpalten habe, dagegen sei die ehrenwörtliche Versicherung des Prinzipals Niemann in Stargard, gleichfalls den Tarif anerkennen zu wollen, bis jetzt nicht eingelöst worden. Die bei der letzten Bezirksversammlung zur Sprache gebrachte Überschreitung der Belegungsstala in je einer Druckerei in Neustrelitz und Neubrandenburg hat nach Vorstellungsverhandlungen der Vertrauensleute bei ihren Prinzipalen durch Entlassung der die Stala überschreitenden Beleglinge ihre Erledigung gefunden. Trotz des Vorhandenseins nur kleinerer und kleinerer Betriebe herrschen erträgliche tarifliche Zustände im Bezirk. In andre Hände übergegangen sind die Druckereien in Mitrow, Fickenberg und die Knauffische Druckerei in Friedland, die alle drei für den Tarif gewonnen werden müssen. Die Bezirksliste hatte am 1. Oktober einen Ve-

and von 122,35 M. Dem Kassierer Hoffow wurde Entlastung erteilt. In Anbetracht des günstigen Standes der Kasse konnte das volle Fahrgeld vierter Klasse bewilligt werden. In seinem Vortrage „Zeitfragen“ streifte Kollege Biedemann die Kämpfe der Organisation und ging dann auf die „Zeitfragen“ und die Beschlüsse der letzten Gauvorsteherkonferenz ein. Für die klaren, trefflichen Ausführungen wurde dem Referenten freudiger Beifall zuteil. Um dem Bedürfnis nach Weiterbildung in etwas Richtung zu tragen, wurde, um allen Bezirksmitgliedern entgegenzukommen, der Vorstand beauftragt, die weiteren Schritte zur Abhaltung von Vorträgen technischen Inhalts zu unternehmen.

**Waldenburgi. Schl.** Nach der üblichen Begrüßung durch den Vorsitzenden Hoffmann und der Erläuterung des Jahresberichts usw. schritt die am 5. November abgehaltene Monatsversammlung zur Aufstellung von Kandidaten für die im Dezember stattfindende Wahl des Bezirksvorstehers durch Urwahl im Bezirke. Vorgeschlagen wurden die Kollegen Köchel und Hoffmann. Da aber Kollege Hoffmann eine Kandidatur ablehnte, schlug man an seiner Stelle den Kollegen Schneider vor. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf Anschließung an das Gewerkschaftstarell. Nachdem in einer vorhergehenden Versammlung durch den Arbeiterssekretär Osterroth ein Vortrag über Wesen und Bedeutung der Gewerkschaftstarelle gehalten worden war, erübrigte sich eine längere Debatte darüber und in geheimer Abstimmung wurde der Antrag auf Anschließung mit großer Mehrheit angenommen. Es folgte noch die Erledigung verschiedener Angelegenheiten interner Natur.

**Br. Worms.** Am 29. Oktober fand im „Gewerkschaftshaus“ eine gut besuchte Versammlung statt. Von 61 Kollegen waren 49 anwesend, was als erfreulich bezeichnet werden kann. Unter anderem stand aus der Tagesordnung ein Punkt, der seit über einem Vierteljahrhundert nicht mehr erörtert wurde. Er betraf die Wahl eines Kassierers. Es galt Versuch zu finden für unseren Kollegen Eberhard, welcher das Amt über 25 Jahre verwaltete zum Wohle der Allgemeinheit und zum Segen des Bezirksvereins. Kollege Eberhard war es, der vor acht Jahren den Bezirksverein aus der Taufe hob und einer der ältesten Mitglieder am Ort ist. Er hat manchem Kollegen schon mit Rat und Tat zur Seite gestanden, sein Name ist weit über den Gau bekannt und seine Person beliebt. Die Versammlung schritt nun zur Wahl. Verschiedene Kollegen wurden vorgeschlagen und die Wahl traf den Kollegen Andres, welcher den Posten annahm. Der Vorsitzende Braun geschickte in warmen Worten unsern ehemaligen verehrten Kassierer und dankte im Namen des Bezirksvereins für seine seit 26 Jahren geleistete unschätzbare Arbeit. Sodann erfolgte ein kurzer Bericht des Vorsitzenden über die am 23. Oktober abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz, mit welchem die Kollegen einverstanden waren. Kollege Kolb hielt noch ein Referat über die Punkte Gewerbegerichts- und Ortskrankenkassenwahl, das den Beifall der Versammlung fand. Nach Erledigung einiger weiterer Punkte der Tagesordnung fand die Versammlung ihr Ende.

**Zittau.** Der Bezirk Zittau (bekanntlich wurde der Gau Dresden laut einem Beschlusse des Gautags in Bezirk eingeteilt) hielt am 30. Oktober im hiesigen „Volks- und Gewerkschaftshaus“ seine erste Bezirksversammlung ab. Während sich die Mitglieder der angeschlossenen Ortschaften fast vollständig (31) eingefunden hatten, stellte sich der Vorort Zittau mit 27 von etwa 100 Mitgliedern ein schlechtes Zeugnis aus. Der Bezirk wurde ohne Debatte konstituiert. Der Vorstand setzt sich aus dem einstöpfigen Ortsvereinsvorstande des Vororts und zwei Beisitzern der angeschlossenen Orte zusammen. Zur Deckung der Bezirksunkosten wurde nach längerem Für und Wider eine Kopfsteuer von monatlich 10 Pf. festgesetzt. Ein von Vorort Zittau ausgearbeiteter Fragebogen wird auf einmündigen Beschluß hin ausgegeben werden. Ferner beschloß man sich mit einem Gautagsbeschlusse, monach die Gautafse die Fahrkosten für zwei Bezirksversammlungen decken soll. Da sich der Gauvorstand aber nur zur Deckung einer Bezirksversammlung verstehen will, wurde folgender Antrag eingebracht: „Die Versammlung wolle beschließen, daß die Beschlüsse des Gautags betreffs der Abhaltung von zwei Versammlungen und Tragung der Kosten aus der Gautafse aufrecht erhalten werden und weitere Änderungen dem nächsten Gautag überlassen bleiben.“ Die tarifliche Lage im Bezirk ist in einzelnen Orten nicht gerade günstig zu nennen.

## Rundschau.

Gewerkschaftsprüfungen und Handwerkskammer bilden einen wichtigen Beratungspunkt der diesjährigen Herbstbezirksversammlung der Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins in Breslau. Als besondere Zeitfage dienen dazu folgende vier Punkte, die sämtlichen Bezirksvereinen des Deutschen Buchdruckervereins im neunten Kreise zur Besprechung überfandt wurden: 1. Die Handwerkskammer sind auch für das Buchdruckergewerbe von Vorteil, und es ist zu bedenken und als Fehler anzusprechen, wenn ein Teil der Prinzipale in Verlehnung der tatsächlichen Verhältnisse sich dieser Einsicht verschließt. 2. Den untrer Berufsorganisation angehörenden Prinzipalen, soweit sie nicht schon Mitglieder einer Buchdruckerinnung sind, muß die Prüfung ihrer Lehrlinge vor einem von der Handwerkskammer eingesetzten Prüfungsausschusse zur Pflicht gemacht werden. 3. Die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins müssen es als selbstverständlich ansehen, nur solche seit dem Jahre 1908

freigewordene Gehilfen einzustellen, welche das Zeugnis über bestandene Gehilfenprüfung besitzen. 4. Es ist dahin zu wirken, daß die tariftreuen Gehilfenorganisationen nur solche Gehilfen als Mitglieder aufnehmen, welche nach der gesetzlich vorgeschriebenen Lehrzeit die Gehilfenprüfung bestanden haben. Die Debatte über diese Fragen gestaltete sich sehr lebhaft in Für und Wider, führte jedoch zu keinem Beschlusse, was ja bei der einschneidenden Bedeutung des dritten und vierten Zeitfages verständlich ist. Immerhin kann man es als ein erfreuliches Zeichen betrachten, daß der Gedanke der Gehilfenprüfung in Prinzipalkreisen so ernstlich erörtert wird. Um jedoch nicht mißverstanden zu werden, wollen wir feststellen, daß wir einen Fortschritt nur darin erblicken könnten, wenn die beabsichtigte organisatorische Festlegung der Gehilfenprüfung auf die Lehrlingeinstellung und -ausbildung selbst von größerem Einflusse werden könnte. In diesem Sinne würde es unfres Erachtens vollständig genügen, wenn der zweite Punkt vorerwähnter Zeitfage allgemein anerkannt und durchgeführt würde.

Die Frage der Gehilfenprüfung scheint, wie wir aus verschiedenen Berichten in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ schließen, in Prinzipalkreisen allgemein erstens als bisher beachtet zu werden. So hat der Bezirksverein Köln vom Deutschen Buchdruckerverein in dieser Sache eine Eingabe an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz gerichtet, worin der Antrag gestellt wird, dahin wirken zu wollen, daß die in den zum Großhandelsgerwerbe zählenden größeren Druckereien ausgebildeten Lehrlinge zur Gehilfenprüfung vor der Handwerkskammer zugelassen werden. Gleichzeitig wird auch bekannt, daß die Kölner Handwerkskammer mit dem Vereine der Industriellen über die gleiche Frage in Verhandlungen eingetreten ist. Dadurch hat sich die Aussicht ergeben, daß die Frage nicht nur für die Handwerkskammer, sondern auch für die Fabrikbetriebe allgemein geregelt werden könnte.

Eine auffallende Abnahme der Lehrlinge glaubt der Verein Berliner Buchdruckerbesitzer im Vergleich der Anmeldungen des jetzigen Herbstsemesters zu der Zahl des vergangenen Herbstsemesters feststellen zu müssen. Im Frühjahr meldeten sich 275 Anwärter, jetzt nur 189. Davon wollten nur 83 Seher, acht Stereotypure, zwei Chemigraphen, aber 96 Drucker werden. Da in der betreffenden Mitteilung ein Vergleich zu den Herbstsemestern früherer Jahre fehlt, so scheint uns die Feststellung einer Abnahme mehr Mittel zum Zwecke, denn Tatsache zu sein.

In Konkurs geraten ist der Buchdruckerbesitzer Jean Schneider in Godesberg (Rheinland).

Im Wahnsinn hat ein Druckerarbeiter in West seine beiden Kinder im Alter von vier und acht Jahren mit einem Rasiermesser getötet und sich dann selbst erhängt.

94 Prozeßfälle in sieben Monaten hat die sozialdemokratische Partei Deutschlands für die Zeit vom Monat April bis Ende Oktober d. J. zu verzeichnen. Die meisten Prozesse, nämlich 55, entfallen auf die zweite Hälfte des genannten Zeitraums. Freisprechende Urteile konnten insgesamt nur acht erzielt werden, da die Herren Richter, obwohl sie nur allzu oft erklärten mußten, daß die unter Anklage gestellten kritischen Abhandlungen „der Wahrheit entsprechend und im großen und ganzen auch zutreffend“ geschrieben seien, in „der Form“ die Verleumdung zu finden wußten. Die Opfer, die infolge dessen zu bringen waren resp. noch zu bringen sind, erreichen in dieser kurzen Spanne Zeit folgende enorme Höhe: An Geldstrafen 18308 M., an Gefängnisstrafen drei Jahre drei Monate und sieben Wochen! Die höchste Gefängnisstrafe in den letzten vier Monaten beträgt sechs Monate, die niedrigste einen Monat. Die niedrigsten Geldstrafen in gleicher Zeit 5 und 8 M., die höchsten 1500 M. und zweimal 1200 M. Acht Redaktionen hatten mehr als einen Prozeß. Die meisten Prozesse spielten in Halle und Breslau.

Ein zweiwöchiger Prozeß gegen die „Wahrheit“, das als Sensationsblatt bedenklicher Art bezeichnete Organ des Reichstagsabgeordneten Bruhn in Berlin, endete mit der Freisprechung des Angeklagten und seiner mitverdächtigten Genossen. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß eine erpresserische Tendenz der „Wahrheit“ nicht nachgewiesen werden konnte. Auch seien die Inzerate in dem Blatte keine Angstinserate gewesen. Dies gehe baraus hervor, daß in dem Blatte auch Inserate von Firmen veröffentlicht wurden, die über jedem Zweifel erhaben waren. Die Kosten des Prozesses wurden der Staatskasse zur Last gelegt.

Vorurteilsfreie Justiz. „Der aus Berlin stammt, ist der Meinung zur Brandstiftung bringend verdächtig! Doppelt verdächtig, wenn er Abonnent eines liberalen Blatts ist.“ Diesen Beisenden, aber nur zu berechtigten Spott knüpft das „Berliner Tageblatt“ an ein Urteil des Schwurgerichts in Stolz, das einen Mann wegen Brandstiftung zu zwei Jahren Buchthaus verurteilte. So schlimm das auch für den Betroffenen sein mag, so erhält aber die Sache doch einen noch schlimmern Beigeschmack durch einen Teil des vom Staatsanwalt in der Verhandlung vorgebrachten Indizienbeweises für die Freveltat des Verurteilten. Nach glaubwürdiger Berichtserstattung soll nämlich der öffentliche Ankläger in seinem Plädoyer folgendes vorgetragen haben: „Der Angeklagte habe die reiche Ernte gesehen. Da habe er dem Verkäufer einen Schabernack spielen wollen. Und da der Angeklagte aus Berlin stamme, und dort der zersetzende politische Agitationsstoff tiefer in die Bevölkerung einbringe infolge der aufhebenden Tätigkeit der Presse, speziell der

„Berliner Volkszeitung“, deren Leser und Abonnent der Angeklagte sei, so sei das Motiv zu der Handlungswelt gefunden.“

Bei der Gewerbegerichtswahl in Würzburg entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 2349 Stimmen oder 16 Vertreter und auf die der „christlichen“ Konfusion 558 Stimmen oder vier Sitze. Im Vergleiche zur vorigen Wahl haben die ersteren eine Zunahme um etwa 500 Stimmen zu verzeichnen, die letzteren dagegen eine Abnahme um 30 Wähler.

Die Tarifverträge für das Baugewerbe werden bekanntlich örtlich abgeschlossen, vorbehaltlich der Genehmigung des Vorstandes des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und der Zentralvorstände der vertragschließenden Gewerkschaften“. Im Monat Oktober nun sind die ersten 285 Tarifverträge für 241 Vertragsgebiete von den beiden Instanzen genehmigt worden. In 107 Fällen gelten die Verträge für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsam, in 76 Fällen nur für Maurer und Zimmerer, in 20 Fällen nur für Maurer und Bauhilfsarbeiter, in 39 Fällen für Maurer allein, in 29 Fällen für Zimmerer allein, in 12 Fällen für Bauhilfsarbeiter allein. In zwei Fällen (Sannover und Nürnberg) sind besondere Tarifverträge für Stielenleger abgeschlossen. An dem Abschlusse der Verträge sind beteiligt der Zentralverband der Maurer in 229 Fällen, der Zentralverband der Zimmerer in 194 Fällen, der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter in 132 Fällen und der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter in 57 Fällen.

Die Augsburger Maschinenfabrik bzw. deren Leitung gefüllt sich immer noch in der Rolle einer der schärfsten Gegnerinnen des Koalitionsrechts ihrer Arbeiter und Angestellten. Auf das Konto dieser Tendenz ist es auch zurückzuführen, daß der Sekretär des Bundes der technisch-industriellen Beamten kürzlich zu 200 M. Geldstrafe verurteilt wurde, weil er einem Herrn Gollwitzer, der dem genannten Bunde gegenüber sein Ehrenwort gebrochen hatte, die Frage vorlegte, wie er diese Handlung mit seinem Ehrbegriff als Referentoffizier vereinbaren könnte. Dieser Appell an die Offizierssehne Gollwitzers erfolgte von dem Sekretär deshalb, weil ersterer sich auf Ehrenwort verpflichtet hatte, dem Verlangen der Geschäftsleitung, aus dem schon genannten Bund auszutreten, nicht Folge zu leisten, dies aber späterhin trotzdem tat. Daraus ist zu ersehen, daß die Maschinenfabrik den Kampf gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten noch nicht aufgegeben hat. Die besondere Offizierssehne stellt sich diesem Verhalten würdig zur Seite.

Ein reaktionärer Lehrling, ein Schlossmeister in Breslau, der seine Lehrlinge absichtlich vom Besuche der Fortbildungsschule fernhielt, wurde mit Entzug der Berechtigung zum Halten von Lehrlingen bestraft. Der Mann brauchte bei seinen Entschuldigungen meist die falsche Angabe, daß seine Lehrlinge außerhalb auf Arbeit seien. Solche unmahre Entschuldigungen gab er sogar den Lehrlingen auf offener Karte mit. Die erwähnte Strafe stützt sich auf § 126a, Absatz 1, der Gewerbeordnung.

Ein besonderes Gebäude für sozialpolitische Zwecke wurde von der Kölner Stadtverwaltung errichtet und kürzlich seiner Bestimmung übergeben. Es haben darin der Arbeitsnachweis, der Wohnungsnachweis, entsprechende Warteballen für Arbeitslose und verschiedene Schreibstuben für stellenlose Personen Unterkunft gefunden. Auch die speziellen Sachnachweise werden dergehe nach in dem Gebäude untergebracht werden. Das Haus liegt an der Wab- und Mauritiusstraße.

Der Gedanke der staatlichen Arbeitslosenversicherung hat in Preußen einige Belebung erfahren. Denn wie die „Rheinische Zeitung“ berichtet, haben die Regierungspräsidenten der Rheinprovinz im Auftrage des preußischen Ministeriums die Verwaltungen verschiedener Städte er sucht, mit den beteiligten Kreisen in Besprechungen über die Frage der Arbeitslosenversicherung einzutreten. Es handelt sich jedoch nur um unverbindliche Besprechungen informativer Natur, deren Ergebnis der Regierung als Material für eine spätere Verhandlung der kommunalen und staatlichen Arbeitslosenversicherung dienen soll. Daß überhaupt in dieser Frage seitens der preussischen Regierung etwas geschieht, und seien es auch nur Erhebungen, ist schon bemerkenswert, wenn auch an eine praktische Verwirklichung dieser Idee in Preußen auf lange Zeit hinaus noch nicht zu denken ist.

Konservative Wertschätzung ärztlicher Atteste. Die Annahme in Arbeiterkreisen, daß manche ärztliche Atteste, hauptsächlich solche von Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften, nicht immer als Muster unparteiischer sachverständiger Beurteilung betrachtet werden könnten, hat in arbeiterfeindlichen Kreisen schon in unzähligen Fällen höchste Entrüstung ausgelöst. Es ist darum um so auffallender, daß in neuester Zeit ein konservatives Blatt, das „Dispenhische Tageblatt“ in Insterburg, die Objektivität ärztlicher Atteste ganz allgemein bezweifelte, und zwar im Zusammenhang mit einem Atteste des Medizinalrats Professor Dr. Buppe in Königsberg, der als Gefängnisarzt unter seinem Dienstfide bestellte, daß dem Redakteur Markwald mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand während der Verbüßung einer Gefängnisstrafe Selbstbestätigung zu gestatten sei. Das Blatt schreibt dazu: „Daß Herr Markwald ein ärztliches Attest beigebracht hat, will gar nichts sagen, man weiß, wie leicht es ein Attest zu erheucheln ist. Die Urzte sind auch keine Übermenschen, sie müssen es schließlich glauben, wenn ihnen ein Patient irgendwelche Beschwerden vorzählt.“ Diese Behauptung waqt ein sogenanntes staats-

## Zentralinvalidenkasse in Ligu.

Quittung über die im 2. Quartale 1910 verausgabten Unterstüzungen.

Gau	Einnahme		Ausgabe			
	Verzinsung	Spenden	Verwaltung	Beihilfen	Beihilfen	Beihilfen
Berlin	1147	40	110	13	224	40
Dresden	630	10	455	650	168	60
Frankfurt-Hessen	349	55	273	390	72	65
Hamburg-Altona	641	40	637	440	—	—
Hannover	774	81	455	1250	307	71
Leipzig	1859	—	1183	530	570	30
Mecklenburg-Vorpommern	233	60	182	60	51	—
Mittelrhein	314	83	273	558	36	25
Nordwest	207	85	400	30	—	—
Oberhein	788	90	273	300	512	—
Oder	912	55	546	12	354	55
Osterrhein	92	30	91	130	—	—
Osterrhein-Thüringen	407	80	182	270	223	10
Rheinland-Westfalen	454	30	334	480	115	50
An der Saale	286	40	182	60	103	80
Schlesien	591	15	455	650	129	65
Schleswig-Holstein	206	60	91	140	114	20
Württemberg	308	65	182	260	124	05

\* Der Restbetrag von 67,55 Mk. ist bei der Liquidationsummission eingegangen.

Bilanz am 30. September 1910.

Einnahmen:	
An Saldovortrag vom 30. Juni 1910	Mk. 391.394,76
„ Zinsen usw.	6580,—
Summa:	Mk. 397.974,76
Ausgaben:	
Per Unterstüzung, Verwaltung usw.	Mk. 7040,88
„ Saldovortrag für 1. Oktober 1910	390.933,88
Summa:	Mk. 397.974,76

Invalidentanz 74.

Berlin, den 1. Oktober 1910.

Gustav Eißler, Hauptkassierer.

Vorstand der Kassenabteilung ist revidiert, in gehöriger Ordnung befunden und der buchmäßige Tageskassenbestand in Belegen und Kasse festgestellt worden.

Berlin, den 30. Oktober 1910.

Die Revisionskommission:

E. Gordan, Eugen Wegus, Alfred Dielepp.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einnahmen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Berlin die Seiger 1. Otto Kuberka, geb. in Schmentinn (Ostpreußen) 1892, ausgl. in Charlottenburg 1909; 2. Paul Borra, geb. in Berlin 1888, ausgl. in Berlin 1907; 3. der Maschinenseger Emil Joseph Gysin, geb. in Miltshausen i. E. 1888, ausgl. in Jümmensee 1907; die Drucker 4. Joh. Jorisch, geb. in Berlin 1884, ausgl. in Berlin 1902; 5. Hans von Köben, geb. in Berlin 1890, ausgl. in Göttingen 1908; 6. Hermann Scherz, geb. in Berlin 1885, ausgl. in Offenbach a. M. 1904; waren noch nicht Mitglied; die Seiger 7. Max Brandenburg, geb. in Wriezen a. O. 1887, ausgl. in Berlin 1906; 8. Wilhelm Franke, geb. in Sangerhausen 1866, ausgl. in Halle a. E. 1885; 9. Hermann Gabriel, geb. in Solbitz 1888, ausgl. in Berlin 1906; 10. Rudolf Geil, geb. in Berlin 1884, ausgl. in Berlin 1902; 11. Alfred Herrmann, geb. in Quers 1881, ausgl. in Graudenz 1900; 12. Walbemar Sübner, geb. in Berlin 1878, ausgl. in Berlin 1897; 13. Gustav Klappenbach, geb. in London 1886, ausgl. in Berlin 1905; 14. Wilh. Neudorf, geb. in Berlin 1887, ausgl. in Berlin 1905; 15. Samuel Duoss, geb. in Modlau 1876, ausgl. in Diesdorf 1894; 16. Julius Reichelt, geb. in Bernau 1861, ausgl. in Berlin 1879; 17. Otto Wobberg, geb. in Berlin 1875, ausgl. in Berlin 1893; 18. Joh. Zeipel, geb. in Sackfisch 1882, ausgl. in Reineck 1900; 19. der Maschinenseger Adolf Reichel, geb. in Sackfisch 1880, ausgl. in Berlin 1898; die Drucker 20. Rudolf Alpert, geb. in Krensdorf 1889, ausgl. in Berlin 1907; 21. Otto Eggert, geb. in Großjethen 1886, ausgl. in Berlin 1906; 22. Abraham Chanem, geb. in Chiam 1881, ausgl. in Jerusalem 1901; 23. Franz Wred, geb. in Berlin 1884, ausgl. in Berlin 1904; waren schon Mitglieder. — Albert Massini in Berlin SO, Engländer 14/15.

In Bad Dünhausen der Schneiderberger Walter Heine, geb. in Eisenberg 1880, ausgl. in Alen a. d. E. 1898; war schon Mitglied. — Otto Witow in Bielefeld, Schmülenstraße 5.

In Bühl der Seiger Albert Fann, geb. in Sinsheim a. E. 1891, ausgl. in Eppingen 1910; war noch nicht Mitglied. — Wilhelm Christmann in Lahr, Feuerwehstraße 51a.

In Craichheim der Seiger Eugen Schmid, geb. in Ulm a. D. 1890, ausgl. in Craichheim 1908; war schon Mitglied. — In Hechingen der Seiger Wilh. Kläber, geb. in Hechingen 1888, ausgl. in Berlin 1906; war schon Mitglied. — In Schramberg der Seiger Karl Schöck, geb. in Engen in Baden 1888, ausgl. in Wasel 1907; war schon Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Heustegstraße 54 p.

erhaltendes Blatt aufzustellen. Wir zweifeln nicht daran, daß wenn ein Arbeiterblatt eine derartige Behauptung dem betreffenden Gefängnisarzt entgegengestellt hätte, keine 24 Stunden vorübergegangen wären, ohne daß der Staatsanwalt im öffentlichen Interesse Anklage wegen öffentlicher Beleidigung eines Staatsbeamten erhoben hätte. So aber wird das nicht geschehen, weil eben ein allgeringfügiges Regierungsorgan nur seinem Haß gegen den Redakteur einer Arbeiterzeitung mit dieser Verwertung ärztlicher Mittel die Fingel schieben ließ. Daß damit die Dienstuntauglichkeit eines Gefängnisarztes indirekt ausgesprochen wurde, scheint Nebenache zu sein. Denn hier ging es nach dem Rezept: Der Zweck heiligt die Mittel.

Die obligatorische Fortbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahre fordert im Interesse der Schlagfertigkeit des Heeres die „Militärisch-politische Korrespondenz“. Diese Jugendzeitung im Sinne des Militarismus wird als notwendig bezeichnet, weil sich vornehmlich in Garnisonen mit Ersatz aus den Industriegebieten die militärischen Klagen über die moralische Qualität des Rekrutenmaterials häufen. Eine Gesetzesvorlage in diesem Sinne scheint von der Regierung vorbereitet zu werden. Es ist bezeichnend, daß diese wichtige Frage nicht unter vernünftigeren Gesichtspunkten gelöst werden soll als nur unter solchen militärischer Strategie.

„Made in Germany“. In den Vereinigten Staaten ist in letzter Zeit unter dem vorstehenden Stichwort wieder eine stärkere Bewegung gegen die Einfuhr deutscher Druckerzeugnisse entstanden. Nach einem langen Kampf zwischen den interessierten Parteien hat nun die Regierung allen Zollbeamten den Befehl erteilt, unter keinen Umständen Weihnachtstarten, Bilderbücher und andre Erzeugnisse der Lithographie und der Buchdruckerei zuzulassen, wenn sie nicht deutlich den Vermerk tragen, der das Land bezeichnet, wo sie hergestellt worden sind. Dadurch entstehen für die amerikanischen Einfuhrhändler bedeutende Schwierigkeiten, die eine Preissteigerung und einen noch größeren Rückgang der Drucksacheneinfuhr in die Vereinigten Staaten nach sich ziehen werden. — Eine ähnliche Erschwerung der Einfuhr wird auch von Australien berichtet. Auch dort wird jetzt die Ursprungsangabe auf Ansichtskarten verlangt. Außerdem wurde noch verfügt, daß die Herkunftsbezeichnung auf den Postkarten in mindestens gleich großen Typen wie die sonst wichtigen Worte auf der Karte gedruckt sein muß. Andernfalls wird die Ware zurückgewiesen.

Kleine Gewerkschaftsnachrichten. In Schmöln konnte die seit einiger Zeit eingeleitete Lohnbewegung der Knopfmacher zugunsten der Arbeiter zu Ende geführt werden. — Der Streik der Arbeiter in den Geschäftsbüchereifabriken und der Buchbinder in Hannover überhaupt dauert unvermindert an. Eine Vermittlung des Karifamts der Deutschen Buchdrucker lehnten die Fabrikanten kurzerhand ab. — Die Lithographen und Steinbrücker in Hamburg, Altona und Wandsbeck sind in eine Karibewegung eingetreten. Sie beschloßen, bis zur Erledigung der Sache alle Überstunden zu verweigern.

Hausfuchung in Gewerkschaftsbüroaus. Die Staatsanwaltschaft in Bremen ließ durch 12 Kriminalbeamte die Bureaus des Transportarbeiters und des Metallarbeiterverbandes durchsuchen. Aufgefunden handelte es sich um die Suche nach „Arbeitsern“ der Straßenkrawalle. Große Stöße von Akten wurden beschlagnahmt bei der mehrere Stunden dauernden Hausfuchung. Der Gelbdruck auf dem Bureau der Metallarbeiter wurde verriegelt.

### Verschiedene Eingänge.

„Deutscher Buch- und Steinbrücker“. Monatlicher Bericht über die gesamten graphischen Künste mit der Beilage: „Graphische Freierfinden“. Herausgeber: Ernst Morgenstern, Berlin W 57, Dammstraße 10. Heft 1, 17. Jahrgang. Einzelpost 1 Mk., Jahrgang 8,75 Mk. — „Der Stereotypen“, deutsche Klistemeisterzeitung. 23. Jahrgang, Heft 5. Verlag von Hermann Kempe in Nürnberg. Durch die Post oder den Buchhandel zu beziehen zum Preise von 2,40 Mk. für das Jahr. Jährlich 4 Hefte.

„Die Schrift im Handwerk“. Das Schriftschreiben und seine Anwendung in Schule und Werkstatt. Zum Gebrauch an gewerblichen und kaufmännischen Fach- und Fortbildungsschulen sowie zum Selbstunterricht. Herausgegeben von Ernst Bornemann, Lithograph und Lehrer an der Kunstgewerbeschule zu Wernern, und Paul Hampel, Maler und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Breslau. Heft 1: Allgemeine Einführung in das Schriftschreiben. Verlag von Franz Benjamins Verlag in Frankfurt a. M. Das Heft kostet 1,20 Mk.

### Gestorben.

In Altenburg am 5. November der Buchdruckereibesitzer und Verlagsbuchhändler Dr. jur. h. c. Karl Weibel — Schlaganfall.

In Belleville der Buchdrucker Charles Stierer. In Berlin am 30. September der Seiger Johann Thura, 35 Jahre alt — Tod durch Ertrinken; am 15. Oktober der Seiger Paul Heinrich, 40 Jahre alt — Althina; am 18. Oktober der Seiger Gustav Schwat aus Ratibor, 41 Jahre alt — Milckenmarktsleiden; am 19. Oktober der Drucker Ernst Marquardt aus Magdeburg, 26 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 24. Oktober der Seiger Adolf Socejus von dort, 54 Jahre alt — Nierenentzündung; am 26. Oktober der Seiger Gustav Gercke von dort, 56 Jahre alt — Schlaganfall; am 29. Oktober der Seiger Richard Mertens aus

Weth, 26 Jahre alt — Blinddarmoperation; am 31. Oktober der Seiger Wilhelm Vallhorn, 46 Jahre alt — Nierenentzündung; am 3. November der Seiger Walter Dannehl aus Königsberg i. Pr., 31 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 4. November der Seiger Emil Jrgang aus Tilsit, 57 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 5. November der Seiger Hermann Dellerue aus Stettin, 59 Jahre alt — Schlaganfall; am denselben Tage der Drucker Paul Stahl von dort, 39 Jahre alt — Herzleiden.

In Görlitz am 31. Oktober der Seigerinvalid Rudolf Weiner von dort, 74 Jahre alt — Herzschlag.

In Großenhain am 2. November der Faktor Moritz Süßler, 72 Jahre alt — Herzschlag.

In Halle am 3. November der Seiger William Schweder von dort, 33 Jahre alt — Zuckerkrankheit.

In München am 1. November der Buchdruckereibesitzer Matthias Nicolay auch Cochem, 52 Jahre alt — Leberleiden.

In Nürnberg der frühere Oberfaktor Paul Sieghardt, 78 Jahre alt.

In Saarbrücken am 2. November der Seiger Bruno Behrent, 47 Jahre alt.

In Stettin am 2. November der Seigerinvalid Rudolf Rix von dort, 72 Jahre alt.

In Straßburg am 7. November der Seiger Karl Schmidt, 60 Jahre alt — Wasserfuch.

### Briefkasten.

A. B. in Ridorf: Bei der inhaltlichen Wiedergabe von Reseraten bitten wir, sich mehr Beschränkung auferlegen zu wollen, zumal wenn — wie in diesem Fall — anzunehmen ist, daß auch andernorts über die gleiche Tagung Bericht erstattet wurde. Außerdem berichteten „Korrespondenzblatt“ und „Korr.“ ja ausführlich darüber. Sie ersparen sich dann selbst viel Mühe und uns die unangenehme Arbeit, einen sonst ausgezeichneten, aber zu ausführlichen Bericht nach dem Standpunkte der Gleichberechtigung aller Mitgliedschaften auf den auch aus räumlichen Rücksichten gebotenen Umfang zu reduzieren. — R. S. in Waldenburg: Mit der Klarstellung des Sachverhalts durch den Bezirksvorstand in Nr. 129 könnte es doch wohl sein Bewenden haben. Das Fehlen des Worts „Vorort“ in der Adressenveränderung in Nr. 127 ist nicht Ihre Schuld, sondern beruht auf einem Versehen hier. — W. F. in Poppo: Besten Dank für Aufmerksamkeit. Ihre freundlichen Grüße erwidern wir gern. — F. S. in Leipzig-G.: In diesen Tagen. — Nach Stuttgart: Wird unter „Gewerkschaftsrevue“ in den weiteren Artikeln Verwendung finden. Vielen Dank! — E. A. in Besten Dank! Wird „kreisugsweise“ verabreicht werden. Frühere wertvolle Übermittlung von W. findet ebenfalls noch und ebenso wirkungsvolle Verwendung, und zwar über ein kleines. Freundlichen Gruß! — Nach Sonneberg: Sie können mit Ihrer Vermutung recht haben, daß der mit S. gezeichnete Artikel des „Thüringer Volksfreundes“ der gediegene Feder unseres Freundes Schnetter entstammt. Den gewerkschaftlichen Kampf ziemlich unverblümt als „Eisfußarbeit“ bezeichnen können heutzutage nur noch Heißsporne von seiner Art. Damit Herrn Schnetters Geistreichereien glaubhafter klingen, muß diese geringfügige Verwertung in derselben famosen Schreibweise noch einmal wiederholt werden. Wir nehmen Kenntnis davon, daß die Zeit(Maschinen)seger nicht verantwortlich zu machen sind für das sich überhaupt bemerkbar machende gottvolle Deutsch, da sie von der Geschäftsleitung Unweisung erhielten, alles genau so zu setzen, wie es im Manuskript steht. Wenn die beiden Deutschwerber von Redakteuren obendrein die Korrekturen lesen, dann braucht man über solche Orthographieveränderungen nicht zu staunen. — W. S. in Berlin: 2 Mk. — E. St. in Altenburg: 7,85 Mk. — W. M. in Kempten: Ihre Berichte müssen in Zukunft früher eingehen, wenn sie Aufnahme finden sollen. — E. S. in Görlitz: Werden Ihnen brieflich Bescheid geben trotz unfrer sehr knapp bemessenen Zeit. — R. S.: Wir müssen zuerst schriftliche Erundigungen einziehen.

### Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 131, Fernsprechamt VI, 11191.

Nürnberg. Am 15. November befindet sich das Bureau der hiesigen Mitgliedschaft in der Breiten Gasse 25/27 I, Zimmer 14, im Mittelbau der „Fränkischen Tagespost“.

Strasburg i. El. Der Drucker Karl Vogel wird hiermit aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem hiesigen Maschinenmeisterverein und den Kollegen der „Neuesten Nachrichten“ gegenüber nachzukommen. Die Herren Vertrauensleute werden höflichst gebeten, diesen hierauf aufmerksam zu machen und seine Adresse an den Kollegen Hausler in Strasburg-Neudorf, Schluthfeldstr. 29 a, zu senden.

### Adressenveränderungen.

Bayreuth. Vorsitzender: Julius Steeger, Hammerstraße 28 a.

Buer i. W. Wegen Krankheit des Vorsitzenden sind sämtliche Zuschriften an den Kassierer Theodor Philipp, Bochumer Straße 29, zu richten.

Stah. Vom 15. November ab sind sämtliche Zuschriften nach Frankensteiner Straße 75 p, zu richten.

Krefeld (Bezirk und Ort). Vorsitzender: Jakob Erkelens, Gilsbehlstraße 27.

Zorgau. Vorsitzender: Adolf Unger, Schulzenstraße 11 I.

In Pirmasens der Schweizerdegen Karl Bon-  
nenger, geb. in Wnigl bei Salzburg 1890, ausgel. in  
Bad Reichenhall 1910; war noch nicht Mitglied. —  
Robert Böhm, Ringstraße 104.

In Straßburg Peter Hess, geb. in Hasloch (Pfalz)  
1889, ausgel. in Neustadt a. d. Odt. 1908; war schon  
Mitglied. — Carl Kuntler, Untergäßchen 4.

In Würzburg der Schweizerdegen Mit. Häfner,  
geb. in Woppar d. Rh. 1878, ausgel. das. 1896; war  
schon Mitglied. — F. Seig in München, Holzstraße 24 I.

### Arbeitslosenunterstützung.

Glatz. Die Herren Verwalter werden nochmals er-  
sucht, dem jedenfalls noch auf der Reise befindlichen  
Seher Alfred Hertwig (Hauptbuchnummer 57 183) 1,20 Mk.

abzugeben und portofrei an den Vorsitzenden P. Wesser,  
Frankensteiner Straße 75 p., einzufenden.

### Verammlungskalender.

**Augsburg.** Versammlung heute Samstag, den 12. No-  
vember, abends 8 Uhr, im „Vorkriegscafé“.

**Ebernburg.** Versammlung Sonntag, den 13. November, vor-  
mittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

**Graunshaus.** Sitzung des Bezirksvorstandes, der Ver-  
trauensleute und der Spartenverbände Sonntag, den  
13. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschafts-  
haus“.

**Charlottenburg.** Versammlung Sonntag, den 13. No-  
vember, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Hofstra-  
ße 3.

**Dresden.** Stereotypen- und Galvanoplastiker ver-  
sammlung Sonntag, den 13. November, nachmittags  
pünktlich 4 Uhr, in Wilh. Schnapss Gasthaus, Kl. Plauenische  
Gasse 2.

**Erfurt.** Generalversammlung heute Sonnabend, den  
12. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Zirkus“.

**Görlitz.** Unregelmäßige Bezirksversammlung, Son-  
ntag, den 14. November, vormittags  
10 Uhr, im Restaurant „Lamentos“, Kröhlstraße.

**Hettstedt.** Versammlung Dienstag, den 14. November,  
abends 8 Uhr, in „Mödeln Stern“, Landesunter-  
straße.

**Heide** (Wolfslein). Versammlung heute Sonnabend, den  
12. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zur  
Krone“ (Hof. Klein), Süderstraße.

**Kattowik.** Versammlung Sonntag, den 13. November,  
vormittags 9 1/2 Uhr, in Biererei Restaurant „Edenstraße“.

**Stuttgart.** Versammlung heute Samstag, den 12. November,  
abends 7 1/2 Uhr, im „Bühnenhaus“, Besenstraße 17/19.

— Maschinenlegergeneralversammlung (Südwest-  
renberg) Sonntag, den 13. November, vormittags 9 1/2 Uhr,  
im „Gewerkschaftshaus“, Hülfinger Straße 17.

— Stereotypen- und Galvanoplastiker ver-  
sammlung (Südwestrenberg) Sonntag, den 13. November,  
vormittags 9 1/2 Uhr, bei Deeg, Rosenstraße 17.

### Faktor.

Mittlerer Maschinenbau Leipzig sucht tüch-  
tigen I. Maschinenfaktor als Faktor, welcher mit  
Satz und Energie der Seilerei vorsehen kann.  
Selbstiger muß in seinen Entwürfen selbständig  
sein die Sattelfabrikation vollständig beherrschen  
und Korrekturen stellen. Bei wirklichen Lei-  
stungen Vertrauen genießen. Werte Offerten  
mit Gehaltsansprüchen und bisheriger Tätigkeit  
unter C. G. 827 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

### Tüchtiger Maschinenfaktor

der auch im Korrekturenlesen sicher, in dauernde  
Stellung nach Süddeutschland sofort gesucht.  
Werte ausführliche Angebote unter Nr. 830 an  
die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

### I. Textsetzer

im Setzwerk gründlich erfahren, mit mehr-  
jähriger Metzgerpraxis, gewandt im Umstechen,  
umständlich und energisch im Disponieren, durch-  
aus selbständiger Arbeiter, an große mittel-  
deutsche Morgenzeitung in Lebensstellung ge-  
sucht. Offerten mit Angabe der bisherigen  
Tätigkeit, Gehaltsansprüchen unter Nr. 814 an  
die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

### Tüchtiger Illustrationsdrucker

für König & Bauersche Variable Maschine ge-  
sucht. Kenntnis dieser Maschine unbedingt  
erforderlich. Meldungen erbeten an  
E. Spatt, Berlin SW, Wilhelmstr. 10.

### Komplettgießer, Hühnerhobler, Messingliniarbeiter

werden gegen sehr gute Bezahlung dauernd  
engagiert.  
Nur ganz tüchtige, selbständige Arbeiter  
wollen sich wenden an die  
Erste Ungarische Schriftgießerei-Akt.-Ges.,  
Budapest VI., Döbessingasse 32. [613]

### Schriftgießer.

Ein tüchtiger Schriftgießer für Komplett-  
(franz.) und Handgießmaschine, der auch fertig-  
machen kann, findet sofort dauernde und  
gutbezahlte Stelle in der Schweiz. Offerten  
unter Chiffre O. F. 279 an [832]

### Orell Kühlt-Annoncen, Zürich.

Tüchtige, an gewissenhafte Arbeit ge-  
wöhnte

### Schriftgießer

an Fouchermaschine in dauernde Kondition  
gesucht  
Bauersche Gießerei, Frankfurt a. M.

### Tüchtigen Handmaschinenbauer

sucht für dauernde Stellung [818]

### Schriftgießerei Klink, Frankfurt a. M.

### Galvanoplastiker

in allen Arbeiten nachweislich durchaus perfekt  
per Mitte bzw. Ende dieses Monats in an-  
genehme und dauernde Stellung gesucht.  
Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen, Angaben  
über bisherige Tätigkeit usw. erbeten unter  
Nr. 821 an die Geschäftsstelle d. Bl.

### Bräger und Abdecker

zum sofortigen Eintritt gesucht. Zeugnis-  
abschriften mit Gehaltsansprüchen an  
F. Neuburg & G. Wilms, Hamburg 3.

### Tüchtiger Stereotypen

für Notations- und Flachdruck für Berlin in  
selbständige Stellung gesucht. Werte Offerten  
mit Angaben des Alters, der Gehaltsansprüche  
sowie Referenzen bzw. Zeugnisabschriften unter  
J. B. 2103 durch Rudolf Wess, Berlin SW,  
erbeten. [828]

Wegen Erkrankung der jetzigen Suche  
sofort oder später gewandte

### Ginlegerin.

Wochenlohn 18 Mk. [834]  
Odesloe. F. Schütte.

Unsern lieben Kollegen und Vertrauens-  
mann Franz Puchner zu seinem Ab-  
schied nach Leipzig ein herzliches Lebenswohl!  
Mitgliedschaft Nr. 1. W. (B. d. B.).

## Ortskrankentasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

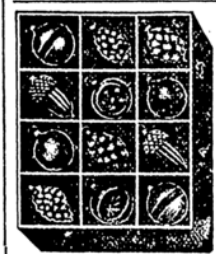
Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Arminiahallen“,  
Kommandantenstraße 68/69.

### Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl von drei Vorstandmitgliedern für die Jahre 1911-1913 (ein  
Arbeitsgeber, zwei Arbeitnehmer); 2. Wahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1911; 3. An-  
trag des Buchdruckereibesetzers Herrn Leopold Stern: „Ist einem Mitgliede gekündigt worden,  
so soll ihm der Arbeitsgeber in der Kündigungszeit keinen Krankengeld ausstellen. Das Mit-  
glied hat diesen direkt von der Krankentasse einzubehalten“; 4. Vortrag des Herrn Sanitätsrats  
Dr. Dosquet-Marañe: „Die historische Entwicklung des Krankengeldwesens und Beant-  
wortung der Frage: Wie muß das moderne Krankengeld beschaffen sein?“, 5. Verschiedenes.

Die Mitglieder der Generalversammlung werden ersucht, über die Angelegenheiten, welche  
sie eventuell zur Sprache bringen wollen, der Ratgeberverwaltung bis 19. November Mitteilung  
zu machen, damit das einschlägige Material zur Stelle geschafft werden kann. Bis zu diesem  
Tage nicht gemeldete Angelegenheiten können nicht verhandelt werden. [817]

Der Vorstand der Ortskrankentasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.  
Johannes Gien, Vorsitzender. Otto Montky, Schriftführer.



Bevor weiter kaufen, verlangen Sie erst umsonst und portofrei  
meine neueste, farbige, prächtig illustrierte  
**Weihnachtspreisliste** für meine unübertroffenen  
diesjährigen Neuheiten in  
**Glas-Christbaumschmuck** [773]

(pro Karton mit 12 Stück zu 20, 25, 30 usw. Pf.), sprechende Puppen,  
herrliche echte Fischperlenkettchen usw. Nur die feinste und gediegene  
Ware aus erster Hand zu überaus vorteilhaften Preisen.

Kein Risiko. Umtausch gestattet. Eventuell Geld zurück.  
Bei größeren Aufträgen u. für Händler außerordentlich hohe Rabattvergütung.

Theodor Müller-Hipper, Glaswarenfabrikant, Lauscha, S.-M., Nr. 32.

### DEUTSCHE BUCHDRUCKER- STENOGRAPHEN- VEREINIGUNG

**STOLZE-SCHREY.**  
Systemkundige Kollegen! Erfahren Sie an einem  
besseren Fortkommen durch die Stenographie ge-  
lungen ist, schließt Euch obiger Vereinigung an.  
Nähro Auskunft erteilen die Kollegen Anton Abels,  
Köln, Zühlcher Straße 7, Otto Bischoff, Stettin,  
Kaiser-Wilhelm-Str. 66, K. Hartmann, Göttingen,  
Gronerstr. 48. — Briefliche Unterrichts im meist-  
verbreiteten, am leichtesten und schnellsten erlern-  
baren Einigungssysteme STOLZE-SCHREY erteilt  
gegen Erstattung der Portoaussl. Kollege Joh. Heinen,  
Traben-Trarbach (Mosel). Die Lehrmittel kosten 1.50 Mk.

### Was wollen Sie wissen? Sie finden alles!!! im

Ausgabe 1910, 2 Bände, 24 Mk. Gebd., zu Land  
nach Indien, 2 Bde. 30 Mk. Platen. Die Neue  
Heimische. Das goldene Buch der Lebensweis-  
heit sowie alle anderen Werte gegen monatliche  
Zeichnung zu beziehen durch [822]

### Neu! Interessante Letzlinge! Neu!

Humor Satire Tragik [830]  
**Aus der Zeit — für die Zeit!**  
Für 1.35 Mk. in Briefm. postfr. v. Verleger,  
Kollege Maximilian Westhold, Breslau X.

**Neu!** Stenographische, in dem weit-  
verbreiteten, leistungsfähigsten u.  
ebenfalls leicht erlernbaren System Gabelberger  
erteilt erfolgreich Kol. Klink, Leiter des Fern-  
unterrichts der Berechtigten Fernstud. Buch-  
drucker in Deutschland, München i. B. [823]

Wir liefern an Jedermann



Stets Neuheiten.  
Maler von  
Mark 2.50 an.  
Verlangern  
Sie sofort  
Muster

Anzug-Stoffe  
Paletot-Stoffe  
Hosen-Stoffe  
Weston-Stoffe  
Damentuche

**Lehmann & Assmy**  
Tuchfabrik, Spremberg L., Postfach Nr. 69

Die anfertige Firma der  
**„Korrespondent“-Mappen**  
offert den Postposten zum ermäßigten Preise  
von 1.60 Mk. bei freier Zustellung. Früherer  
Preis 3 Mk. Die Mappen sind kräftig gear-  
beitet von eleganten Materialien, eignen sich  
aber nur zum Aufbewahren dieser Nummern.  
Dafür für Referenzen und Buchdruckerverse-  
her zu empfehlen. Bestellungen nimmt die Geschäfts-  
stelle des „Korr.“ entgegen.

**Quintar-Zither „Columbia“**  
von Zebermann sofort zu spielen, mit 25  
unvergleichbaren Tönen, 49 cm  
groß, 5 Hft., 41 Saiten, samt  
Schule u. auf. Zubehör nur  
M. 7.—; 6 Hft., 49 Saiten,  
M. 9.—. Liefer. per Nachn.  
**Meinel & Herold**  
Königsplatz (Sa.) Nr. 449  
— Andere Musikwaren blüht. —  
Haupt-Katalog an Zebermann frei.

**Typographische Gesellschaft, Hamburg.**  
Sonntag, den 13. November, von  
11 1/2—2 Uhr:  
Besuch der Ausstellung von  
Luxusaufgaben und Vorzugs-  
drucken, arrangiert von der  
Buchhandlung C. Boysen, Heu-  
berg 9, erster Stock. — Zahlreiche Beteiligung er-  
wartet. Der Vorstand. [838]

**Vosen. \* Gesangverein Typographia.**  
Singsunden: Jeden Montagabend 9 Uhr im  
Restaurant „Fürstentronen“, Große Berliner  
Straße 53/55 (am Tiergarten Markt). Jeden Sonn-  
tagabend familiäre Zusammenkunft dortselbst.

Am 1. November verstarb unser werter  
Mitglied, der Buchdruckereibesitzer  
**Matthias Nicolay**  
aus Cochem, 52 Jahre alt, an Leberleiden.  
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm  
[824] Die Mitgliedschaft München.

Hunderttausende Kunden.  
Viele tausend Anerkennungen.  
**Jonass & Co.**  
Berlin SW. 247.  
Belle-Alliance-Straße 3  
Vertraglich gefertigte vieler  
Beamtenvereine, liefern auf  
**bequeme Teilzahlung.**  
Hochinteressanter Katalog  
mit über 4000 Abbildungen  
umsonst und portofrei.

**Anhang zum Tarife**  
von Conrad Eichler.  
Preis des Exemplars 10 Mk. (3 Mk. Porto). Be-  
stellungen nehmen die Herren Verbandsfunk-  
näre sowie G. G. 25 514, Leipzig, Salomon-  
straße 8, entgegen.

Am 8. November, nachmittags 3 Uhr,  
verschied nach längerem Krankenlager unser  
lieber Kollege, der Schriftsetzer  
**Hermann Dellerue**  
im 59. Lebensjahre.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.  
Berlin, den 6. November 1910

819] Die Kollegen  
der Druckerei der „Berliner Börsen-Zeitung“.

Am 8. November verschied nach längerem  
Leiden unser lieber Kollege, der Setzer  
**Emil Irrgang**  
im 58. Lebensjahre.  
Sein Andenken werden stets in Ehren  
halten [820]  
Die Kollegen  
der Buchdruckerei C. Kühn & Söhne, Berlin C.

Am 5. November verschied infolge Schlaganfalls Herr Verlags-  
buchhändler und Mitbesitzer der Piererschen Hofbuchdruckerei Stephan  
Geibel & Co.

**Dr. jur. h. c. Karl Geibel.**  
Wir verlieren in dem Entschlafenen einen humanen und gerechten,  
den Wünschen und Bestrebungen der Gehilfenschaft stets entgegen-  
kommenden Prinzipal.  
In dankbarer Erinnerung werden sein Andenken stets in hohen  
Ehren halten  
Altenburg, den 8. November 1910 [826]  
Die Verbandsmitglieder der Piererschen Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co.